

Pozener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 27. April. Se. R. H. der Prinz-Régent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruhet: Dem Geheimen Regierungsrath Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 12 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Befellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Der Königlich Hof legt morgen für Ihre Hoheit die Frau Prinzessin zu Berlin, den 28. April 1860. Der Ober-Ceremonienmeister: Stillfried Graf Alentara.

Telegramme der Pozener Zeitung.

Wie u., Freitag 27. April. Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht hente die nachfolgenden auf den Tod des Finanzministers v. Bruck bezüglichen Thatsachen. Am 20. d. Abends wurde der Minister als Zeuge in dem Cynatten'schen Prozesse verhört. Die Vernehmung gab Anlass zu weiteren Erhebungen, in Folge deren seine Konfrontation mit anderen Zeugen und Mitbeschuldigten sich in nächste Aussicht stellte. Unter diesen Umständen schickte der Kaiser am 22. d. an den Minister folgendes Allerhöchstes Handschreiben: Ich versehe Sie auf Ansuchen in zeitlichen Ruhestand, indem ich die Leitung des Finanzministeriums provisorisch dem Reichsrath v. Plener übertrage. — Das Kaiserliche Handschreiben ward dem Ehren. v. Bruck am 22. Abends zugestellt. Am 23. Morgens fand man ihn blutend im Bett liegen. Am 25. fand die angeordnete gerichtliche Obduktion der Leiche statt (deren Besund wir schon gestern telegraphisch unsern Lesern mitgetheilt haben). (Eingeg. 27. April 9 Uhr 35 M. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. Berlin, 26. April. [Hoher Besuch; Personalien; v. Selasinski.] Heute Morgen hat unsere Königin einen Besuch erhalten, der ihr sehr große Freude gemacht hat; es trafen nämlich ein die verwitwete Königin Marie und die Königin Amalie von Sachsen und die Erzherzogin Sophie von Österreich. Vormittags von Dresden ausgefahren, langten sie mittels Extrazuges um 11½ Uhr auf der Station Großbeeren an, verließen dort die Bahn und fuhren in den bereitgehaltenen Hof-Equipagen nach Schloss Sanssouci. Unterwegs traf die hohen Frauen noch der Unfall, daß die Achse des Wagens, in welchem sie saßen, heiss geworden war und sie ihn deshalb mit einem andern verlaufen mußten, in welchem die Begleitung Platz genommen hatte. Die Begrüßung in Schloss Sanssouci war eine sehr herzliche; die Königin war hoch erfreut, ihre hohen Verwandten wiederzusehen und brachte einige Stunden zurückgezogen mit ihnen zu. Um 3 Uhr war Tafel, zu der auch die Frau Prinzessin Friederich Karl eine Einladung erhalten hatte. Schon um 5¾ Uhr schieden die sächsischen Majestäten und die Erzherzogin Sophie wieder und traten auf demselben Wege die Rückreise nach Dresden an; auf der Station Großbeeren war von 7 Uhr Abends ab ein Extrazug bereit gehalten. Dieser Besuch hat hier große Sensation gemacht, weil man weiß, daß da, wo die österreichische Erzherzogin aufkam, auch von Politik die Rede ist. Man war daher sehr gespannt, wer von den Mitgliedern der königlichen Familie nach Potsdam fahren würde, hat aber nicht gehört, daß irgendemand sich nach Schloss Sanssouci begeben hätte. Der Besuch erfolgte im strengsten Geheimhaltung; man schien ihn geheim halten zu wollen, was aber auf den Eisenbahnen schwer zu bewirken ist. Da die Anwesenheit so kurz war, so läßt sich kaum annehmen, daß sie mit der Post in Verbindung stand, doch wird es nicht unterbleiben, daß die Erzherzogin Sophie jetzt oft in den Korrespondenzen genannt wird. — Der Prinz-Régent arbeitete heute Vormittag wie gewöhnlich mit den Ministern und den Geheimräthen Illaire und Gostenhoff und zwar so anhaltend, daß er es aufgeben mußte, nach dem Artillerie-Schießplatz zu fahren und dort den Schießübungen beizuwohnen. Mittags ritt der Prinz-Régent mit seinem Sohne aus; die übrigen hohen Herrschaften fuhren spazieren. Heute Abend ist im Palais des Prinz-Régenten große Gesellschaft, in welcher die Mitglieder der königlichen Familie und viele hohe undfürstliche Personen erscheinen werden. Morgen ist große Tafel beim Prinzen Friedrich Wilhelm. — Fürstbischof Dr. Förster wurde heute Vormittag von der Königin in Sanssouci empfangen; um 1 Uhr lehrte er hierher und hatte viele Unterredungen mit kath. Geistlichen, Abgeordneten und verschiedenen Beamten. Um 4 Uhr war er beim Fürsten Radziwill zur Tafel; auch der Fürst von Hohenzollern nahm teil. Morgen früh reist der Fürstbischof nach Köln ab, wo bekanntlich eine Konferenz stattfindet. Bei der vor einigen Tagen erfolgten Ankunft hatten sich sehr viele Gemeindelieder auf dem Bahnhofe versammelt, die ihn dort empfingen und auf den Knieen begrüßten. — Der Abg. v. Bonin trifft bereits Vorbereitungen zu seiner Reise nach Posen; doch wird natürlich solche nicht vor dem Schluss der Landtagsverhandlungen erfolgen. — Unter den Nachfolgern des Justizministers Simons wird jetzt auch der Unterstaatssekretär im Justizministerium Müller, genannt und, wie mir heute eine sonst gut unterrichtete Person sagte, hat seine Wahl die Wahrscheinlichkeit für sich. — Unsere große Landesloge

hat einen sehr schweren Verlust erlitten; ihr Ordensmeister, der General v. Selasinski, ist nach längeren Leidern gestorben. Sein Tod wurde sofort dem Prinz-Régenten und dem Prinzen Friedrich Wilhelm gemeldet. Das Begräbnis soll im Sonntag stattfinden und zwar auf den Wunsch des Verstorbenen vom Logenhaus aus. Auf den neuen Ordensmeister ist man gespannt; man nennt bereits den Prinzen Friedrich Wilhelm.

— [Deputation bei Sr. R. H. dem Prinz-Régenten.] Die „Kreuzzeitung“ bringt folgenden Bericht: Am vergangenen Sonnabend geruhete Sr. R. H. der Prinz-Régent im Beisein Sr. H. des Fürsten zu Hohenzollern eine aus Angehörigen verschiedener Provinzen und Ständen bestehende Deputation zu empfangen, die beauftragt war, Allehöchstdemselben in Betreff der Juden und der Militärvorlagen zwei mit Lautenden von Unterschriften versehene Adressen zu überreichen. An der Spitze der Deputation, deren Kern Rittergutsbesitzer der fünf östlichen Provinzen bildeten und der sich einige Landkute aus Westfalen und einige Bürger Berlins angeschlossen hatten, befand sich der Graf Botho zu Stolberg-Wernigerode, welcher die Veranlassung und Verbindung beider Adressen darlegte und demnächst die Mitglieder der Deputation vorzustellen die Ehre hatte. Die erstgedachte Adresse, worin Sr. R. H. gebeten wird, das alte Recht, wonach die Juden ständische Gerechtsame nicht ausüben und öffentliche Aemter nur innerhalb der durch das Gesetz vom 23. Juli 1847 bestimmten Grenzen bekleiden dürfen, in Gnaden aufrecht zu erhalten, wurde unter eingehendem Hinweis auf die rechtliche Seite der Frage von dem Reg. Präf. a. D. Ehren. v. Soden überreicht. Die Adresse wegen der Militärvorlagen, welche Sr. R. H. neben dem Dank für die begonnene Reform der Wehrversorgung die unterthäufigste Bitte auspricht: diese Reform zum Wohle des Vaterlandes mit festster Hand durchzuführen, überreichte mit einer kurzen patriotischen Ansprache der Graf v. Bismarck-Born, Landtagsmarschall von Pommern. Nachdem hierauf der Landrat a. D. v. Berg-Perscheln in sehr bewegter kurzer Rede die Stimmung des Landes in Betreff der Judenfrage geschildert, geruhete Sr. R. H. die Auffassung darzulegen, von welcher Allerhöchstihre Regierung in dieser schwierigen Frage ausgegangen sei, und ausgehen zu müssen geglaubt habe. Am Schlusse der eingehenden Erwiderung wurde von Allerhöchstdemselben eine nochmalige gründliche Prüfung des Gegenstandes in Gnaden zugelassen. In Betreff der Militärvorlagen äußerte Sr. R. H. seine Zufriedenheit mit den von den Petenten ausgesprochenen Gefinnungen, und sprach, mit voller Genugthuung über das Eintreten für die Reform, die Hoffnung aus, daß der Widerstand gegen die Vorlagen der besseren Erfahrung von der Notwendigkeit der Armeereorganisation je länger desto mehr Platz machen werde. Nachdem Sr. R. H. mit den einzelnen Mitgliedern der Deputation, wir nennen noch den Major a. D. v. Massenbach, den Landschafts-Direktor v. Lieres, den Grafen v. Solms-Baruth d. Jüng., den Baron v. Beltheim, sich huldreich unterhalten, geruhete Allerhöchstdemselbe die Deputation mit der Versicherung zu entlassen, daß er deren Erscheinen als Beweis des Vertrauens und Ausdruck eines gefundenen Verhältnisses zwischen Monarch und Untertan anzusehe. Sollten die Herren jemals wieder, von ihrem Herzen oder Gewissen getrieben, Anliegen ähnlicher Art vorzutragen haben, so würden sie die Thür zu ihm jederzeit geöffnet finden.

Unsere Berliner * Korrespondenz berichtet darüber Folgendes: Die der „Kreuzzeitung“ entnommene Mittheilung über den Empfang einer Deputation Seitens des Prinz-Régenten ist richtig, aber die Worte, welche Sr. R. H. der Deputation erwiederte, sind in genanntem Blatte nicht genau wiedergegeben. Wir sind im Stande, den Ideengang dieser Antwort aus zuverlässiger Quelle dahin anzugeben. Was die Judenfrage betrifft, so billigt Sr. R. H. ganz und gar den Standpunkt des Ministeriums zu dieser Frage und teilt ihn; es müßten endlich die Vertheilungen der Verfassung zur Ausführung kommen. Der Regent teilt die Besorgniß der Petenten nicht, daß das Judenthum den christlichen Staat auf diese Weise überwuchern werde, er teilt die Besorgniß nicht, welche bei den Petenten wegen der Zulassung der Juden zu Gemeindeämtern, wo die Wahl maßgebend ist, vorzuherrschen scheinen. In Betreff der Militärfrage dankt der Regent für ihren guten Willen, den sie am besten dadurch bekräftigen könnten, indem sie ihren Einfluß darauf verwendeten, daß dem Staate die Mittel zur Durchführung der Reform gewährt würden.

Aachen, 25. April. [Kirchliche Feierlichkeiten.] Ein bedeutendes Element in dem Aachener Leben und den Traditionen der alten Stadt Karls des Großen bilden die alle sieben Jahre regelmäßige wiederkehrenden Heiligthumsfahrten, oder die feierlichen Ausstellungen der in der hiesigen Domkirche seit den Tagen dieses mächtigen Kaisers aufbewahrten Reliquien. Die Reihe trifft dieses Jahr, worin jene Feierlichkeiten wiederum stattfinden sollen, und es ist dazu die Zeit vom 10. bis 21. Juli bestimmt, wofür bereits manche Vorbereitungen getroffen sind. Man rechnet aber bei den erweiterten Mitteln des Verkehrs auf einen besonderen Zuspruch und ist hier der Ansicht, daß selbst bei dem Druck der Seiten dieser wenigstens nicht geringer sein dürfe, als in sonstigen Jahren. Schon ist die Ankunft einzelner hoher Prälaten hier in Aussicht gestellt und man hofft, daß auch noch andere ihre Anwesenheit zusagen werden. (M. V. 3.)

Königsberg, 25. April. [Schulverhältnisse.] Hier wird der Mangel an Kandidaten des höheren Schulamtes, so wie an Elementarlehrern, immer lebhafter gefühlt. Lehrer- und Lehrstellen in den kleinen Städten sind fortwährend vakant und die Schuppatrione erlassen vergebliche Aufforderungen zu Meldungen.

Die mißlichen Gehaltsverhältnisse tragen die Hauptschuld hiervon. Trotz der neuerdings erhöhten Gehalte der Landschullehrer ist der Verdienst derselben geringer, als der, den ein Tagelöhner erwirkt, und steht mit den erhöhten Preisen der Lebensmittel und Mieten das Gehalt der Lehrer überhaupt in keinem Verhältnisse. Auch trägt der Geist der Regulative mit dazu bei, dem Lehrer, besonders in unserer Provinz, wo Dinters Geist wirkte und so Herrliches erwirkte, seinen Beruf zu verleiden. Auch droht dem Unterrichtsschulwesen in den katholischen Distrikten des Ermlandes und Westpreußens eine Umgestaltung. Die katholische Geistlichkeit hat, auf Ministerialerkläre aus der Raumerischen Epoche gestützt, den Antrag gestellt, die vorhandenen Simultanschulen, und deren haben wir in den Städten sehr viele, konfessionell zu trennen. Es wäre in diesen Rücksichten wahrlich Zeit, daß ein Unterrichtsgesetz erlassen wird. (Sp. 3.)

Münster, 25. April. [Provinzialkonzil.] Dem Provinzialkonzil in Köln wohnen auch sämtliche Orden bei, welche in der ganzen Kirchenprovinz Niederlassungen haben, von denen die Jesuiten die zahlreichsten sind. Die Bischöfe haben eine sehr ansehnliche Begleitung, bestehend aus den Weihbischöfen, den Domkapitularen, dem Regens des Priesterseminars und den Theologen des Bischofs, zu deren hervorragendsten bei dem Paderborner Pastor Roh aus der Gesellschaft Jesu gehört. Die Rangordnung der Bischöfe ist nach dem Amtsalter bestimmt, so daß der älteste der Bischof von Trier ist, auf den die Bischöfe von Münster und Paderborn folgen. (M. 3.)

Reichenbach, 25. April. [Milzbrandvergiftung.] Der Fleischermeister B. im nahen Dorfe F. schlachtete vor einigen Tagen einen anscheinend gesunden Ochsen. Die Beschaffenheit des Fleisches zeigte indeß an, daß das Vieh an Milzbrand gelitten habe, und wurden alßald die nötigen Maßregeln zur Belebung des Kadavers getroffen. Nach einigen Tagen beginnt der rechte Arm des B. anzuschwellen, welches Leiden sich alßald anderen Körpertheilen mittheile, so daß gegenwärtig der Unglückliche hoffnunglos darniederlegt. Eine zahlreiche unversorgte Familie des Kranken macht den traurigen Fall noch verhängnisvoller. (Br. 3.)

Stettin, 25. April. [Berichtigung.] Wie aus Putbus unterm 24. d. mitgetheilt wird, sind die (aus der „Pomm. Zeitung“ auch in unser Blatt übergegangenen) Nachrichten über einen ungeheuren Heringfang an der Küste sehr übertrieben. Allerdings wurde 5—6 Tage sehr viel Hering gefangen, dann aber wurde der Fang durch Sturm gestört, und circa 30 offene Boote von der schwedischen Küste, die seit geraumer Zeit den Hering für Dänemark und Schweden aufzulaufen und frisch dorthin bringen, waren vergebens auf Beladung. Auch wird von diesen ein solcher Preis bezahlt, daß die Salzereien damit nicht konkurrenzen können. Preise wie die früher gemeldeten mögen allerdings vorgekommen sein, dann aber ist der Hering entweder ohne Vauge, also schlecht und murbe gewesen, oder es hat an Tonnen und Salz gefehlt.

Stettin, 26. April. [Brandunglück.] Das Gut Sassenhagen, Saapiger Kreises, ist fürglich von einem schweren Brandunglück heimgesucht worden. Nachdem ein Brandstiftungsversuch zur höchsten Bachamkeit aufgesordert hatte, brach am 17. c. Morgen, als sämtliche Knechte sich zum Frühstück aus den Ställen entfernt hatten, in einem Hofgebäude Feuer aus, so daß in kurzer Zeit 3 Wirtschaftsgebäude mit den noch vorhandenen Vorräthen, sämtliche Schafe und Lämmer, 14 Pferde und 21 Stück Rindvieh verbrannten. Ein Knecht kam bei einem Rettungsversuch um. Die Versicherung ist nachweislich so niedrig, daß der Schade durch die Assekuranzsumme nicht gedeckt wird. Da der Rittergutsbesitzer Abraham mit allen Dorfbewohnern im besten Vernehmen steht, so fehlt jeder Anhalt für die Gründe einer Brandstiftung. (St. 3.)

Oestreich. Wien, 25. April. [Freiherr v. Bruck.] Bruck ist nicht mehr. Fast dieselbe Stunde, in der die Leitung der Finanzgeschäfte Oestreichs aus seiner ermateten Hand genommen wurde, hat ihm das Auge für immer geschlossen. Es ist, als habe ein Verhängnis den erforderlichen Kopf, den rastlosen Geist, den gewandtesten und eifrigsten Geschäftsmann an die Spitze des Finanzwesens gestellt, um die Lehre zu geben, daß einem System, wie das in Oestreich angebrachte, die höchste Begabung, das Verbergen nur um so sicherer bereiten müsse. Das System, dessen Grundgedanke ist, den Bedürfnissen und Gelüsten des Augenblicks verschwenderisch Alles darzubieten, ohne für die Forderungen der Zukunft zu sorgen, ist durch Bruck seinem Bankrott nur um so schneller entgegengeführt worden. Was die Unfähigkeit seiner Vorgänger durch kleinliche Mittel langsam gezeigt hatte, das hat seine unerschöpfliche Erfindungskraft, um die Auflösung neuer Hülfquellen niemals verlegen, zu einem raschen Ende gebracht. Bruck's Hinkritt läßt Oestreichs Finanzen in einer Agonie zurück, und nur durch ein Wunder läßt sich die Katastrophe noch aufhalten. Reichsrath v. Plener wird das Finanzministerium interimistisch leiten. Wie lange dieses Provisorium währen wird, ist schwer zu sagen; es wird schwierig sein, einen Mann zu finden, der geneigt sein wird, mit dieser Gesellschaft die volle Verantwortlichkeit der Amtsführung zu übernehmen, die für eines Mannes Schultern eine fast unerträgliche Burde ist. Bruck hat ein Alter von 62 Jahren erreicht. Was auch aus politischen Gesichtspunkten Tadelndes gesagt werden mag, die Integrität seines Charakters und die seltenen Gaben, mit welchen sein Geist und Gemüth ausgestattet waren, finden ungeheure Anerkennung. Karl Ludwig Freiherr v. Bruck war am 18. Oktober 1798 bei Elbersfeld in Rheinpreußen geboren. In Bonn diente er bei den Ulanen, ging 1821 nach Triest, um sich der Sache der Philhellene anzuschließen, blieb aber dort als Sekretär einer Versiche-

rungs-Gesellschaft. 1833 wurde er Mitbegründer der Dampfschiffahrts-Gesellschaft des österreichischen Lloyd, dessen Direktor er bis 1848 war. Abgeordneter für Triest in der deutschen Nationalversammlung, trat er im November 1848 unter Schwarzenberg als Handelsminister in Staatsdienste. Im August 1849 zu diplomatischen Verhandlungen mit Sardinien verwendet, trat er im Mai 1851 wieder ins Privatleben, übernahm abermals die Direktion des Lloyd, wurde im folgenden Jahre zur Verhandlung über den Zoll- und Handelsvertrag mit dem Zollverein nach Wien berufen und im Jahre 1853 als Intendantus nach Konstantinopel geschickt. Am 10. März 1855 übernahm er nach Baumgartners Rücktritt das Finanzministerium, seit dem August vorigen Jahres zugleich mit den Geschäften des Handelsministeriums. (B. 3.)

— [Klerikale Agitation gegen die Juden; Fürst Czartoryski.] Die Agitation der katholischen Geistlichkeit gegen die Gesetzgebung in Betreff der Juden ist heute auch hier neu-erdings aufgetaucht. In der Kirche bei den Schotten wurde nicht allein dagegen gepredigt, daß man in kein Dienstverhältnis bei Israeliten eingetreten soll, sondern auch davor gewarnt, Häuser und Güter um eines kleinen Vortheils willen in jüdische Hände zu überliefern. Man lispt sich noch dies und jenes in die Ohren, was von der Kanzel herab gesprochen worden sei, allein derlei Geträumt hat an Glaubwürdigkeit verloren. Daß es aber der Klerus wagt, unmittelbar unter den Augen der höchsten Behörden solche Reden zu führen, mag als Beleg dienen, daß die Kirche sich über und außerhalb des Staates stehend fühlt; dieser offene Hohn, der hiermit den Regierungsorganen unter die Nase gesteckt wird, untergräbt gerade beim Pöbel die Autorität des Staates und der bestehenden Gesetze. Es nützt nichts, glatt über dieses Verhältnis hinübergleiten zu wollen, bechwichtigend und vermittelnd aufzutreten; dieser Strauß muß zwischen Staat und Kirche, zwischen Krone und Krummstab ausgelämpft werden. Dasselbe Anathem, das heute gegen die Juden geschleudert wird, trifft morgen sämtliche Nicht-katholiken, sobald die Klerikalen den Moment passend finden. Das liegt im System. — Der greise Fürst Czartoryski (dessen am 23. d. erfolgtes Hinscheiden wir bereits in Nr. 97 gemeldet haben) war bekanntlich der Bruder des in Paris lebenden Prinzen Adam Czart, ein Abkömmling der Jagellonen, womit er sein Anrecht auf den polnischen Thron begründete. Fürst Konstantin Adam Alexander Czartoryski, 87 Jahre alt, lebte hier in strenger Zurückgezogenheit von aller Politik, ein wahrer Mäzen der Kunst; seine Söhne sind die Herausgeber und Redakteure einer Monatschrift unter dem Titel: „Rezensionen“, die sich keines großen Publikums erfreuen, aber ein redliches Streben nach Wahrheit und Bildung des Geschmacks vertrauen. Im Burgtheater hatte der Fürst seine Loge neben der kaiserlichen, und blieb bis in den letzten Wochen ein täglicher Besucher des Schauspiels. In seinem Hause ein grand Seigneur im besten Sinne des Wortes, genoß er die Liebe Aller, die in irgend einer Angelegenheit sich an ihn zu wenden hatten, da er die vollste Herzengüte mit wahrem adeligem Benehmen vereinte. (N. 3.)

— [Tagesnotizen.] Eine Verordnung der Ministerien des Innern und der Finanzen vom 22. d. hebt alle von Gemeinden aus Aulaz des Antrittes eines freien Gewerbes oder der Ertheilung von Gewerbskonzessionen unter was immer für einem Titel bisher erhobenen Laren und Gebühren auf und setzt für die Anmeldung eines freien Gewerbes oder das Ansuchen einer Gewerbskonzession besondere Stempelgebühren fest. — Dem in Kulm (Chelmno) erscheinenden polnischen Blatte „Radwisanin“ wurde der Postdebit im ganzen Umfange der k. k. österreichischen Staaten entzogen, ebenso den Monatschriften: 1. „Rivista contemporanea“ Torino. Dalla Società l’Unione tip. editrice; 2. „Rivista di Firenze“, Firenze. Tipografia di G. Mariani; 3. „Il piovano Arlotto“. Firenze, a spese della brigata di begli umori; ferner dem in Rio Janeiro erscheinenden Journale unter dem Titel: „Il Monitore Italiano“. — Eaut Erlass des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 19. d. wurde die Wirksamkeit der mit Verordnung vom 24. Okt. 1859 rücksichtlich des Studiums an der Universität Padua zunächst für das Wintersemester 1859/60 getroffenen Bestimmungen auch auf das Sommersemester 1860 ausgedehnt. — Am 20. hat der beabsichtigte Superintendential-Konvent in Debreczin stattgefunden, und obgleich man auf nahestehender Seite glauben zu dürfen meinte, daß die Behörde sich eines Einschreitens enthalten würde, hat es dennoch ein Polizeikommissär für geboten erachtet, einen Protest einzulegen und der Sitzung bis Ende beizuhören. Trotz dieser Maßregel aber und obgleich der Superintendential-Stellvertreter v. Balogh nach Großwardein berufen war, um die Ungezüglichkeit des Vorhabens von der Polizeibehörde in ausdrücklicher Verwarnung noch einmal zu vernehmen (bei welcher Gelegenheit ihm beiläufig von mehreren jungen Leuten eine Ovation am Bahnhofe bereitet wurde), wurde die Versammlung unter Vorsitz des Herrn v. Balogh eröffnet, und ordnungsmäßig zu Ende geführt. Das Resultat war der Beschluß, sich in einer Petition um Aufhebung des Septembergesetzes an den Kaiser selbst zu wenden. — Ueber den „ungarischen Protestantengesetz“ entnehmen wir der „Presse“: „Der oberste Gerichtshof hat in der Prozeßangelegenheit des Hofrats v. Szedenyi der Berufung des Angekl. gegen das obergerichtliche Urteil nicht stattzugeben und dasselbe zu bestätigen befohlen. Eben so wurde die Berufung des Pfarrers Karl Maday und des Professors Anton Valkóv in derselben Sache als unzulässig und unbegründet zu verwerfen befunden. Szedenyi und Valkóv wurden des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und Karl Maday der Mischuld an jebem für schuldig erkannt. Nach Antrag des obergerichtlichen Urteils wurde somit Eduard v. Szedenyi zur Strafe des Kerkers in der Dauer von 8 Monaten, Anton Valkóv zur Strafe des mit einmaligem Fasten in jeder Woche verschärften Kerkers in der Dauer von 4 Monaten und Karl Maday zur Strafe des mit einmaligem Fasten in jeder Woche verschärften Kerkers in der Dauer von 2 Monaten, und alle 3 Angeklagte in solidum zum Erzage der Kosten des Strafverfahrens und der Verpflegung im Strafzorte verurtheilt. Die Gefängnisse für die Verurtheilten werden in Kaschau in Besitztum gesetzt, da dieselben, den „N. N.“ zufolge, in nächster Woche ihre Strafe anzutreten haben.“ — Zum Andenken Szedenyi’s hat der Gemeinderath der Stadt Szegedin in seiner am 20. abgehaltenen Sitzung unter Anderem folgende Beschlüsse gefaßt: 1) der Magistrat und der Gemeinderath der Stadt Szegedin legt insgesamt und individuell eine einmonatliche Trauer für Graf Szedenyi an. Vom 26. d. Mis. angefangen, werden durch drei Tage hindurch die große Glocke

auf dem Stadthause sowohl, als auch die Glocken aller Kirchen-thürme zur üblichen Zeit das Trauergläube ertönen lassen.

Triest, 21. April. [Der Graf von Paris und sein Bruder] haben ihre Vereisung Egyptens vollendet und sind von Alexandrien mit dem Lloydumpfer nach Palästina abgereist.

Bayern. München, 25. April. [Realgymnasien.] Die im Handelsministerium seit Längerem erörterte Frage der Einführung von Realgymnasien durch Berathungen von Fachmännern, welche unter dem Vorsitz des Handelsministers unlängst stattfanden, ihren Abschluß erhalten, und ist die Errichtung solcher Anstalten beschlossen worden. Von Belang für die hiermit betretene Gestaltung des Unterrichtswesens ist die Bestimmung, daß der Besuch dieser Anstalten zum Übertritt auf die Universität und im Falle genügender Kenntnis nicht unter die obligaten Lehrgegenstände aufgenommenen lateinischen Sprache auch zur Erfreigung des Studiums der Theologie Medizin oder Jurisprudenz befähigt. Die Kenntnis des Griechischen bildet hiernach fortan seine unerlässliche Voraussetzung für die Wahl eines derartigen Fachstudiums, und auch hierin liegt in der Errichtung der vorgedachten Anstalten neben den wie bisher fortbestehenden Gymnasien ein Anerkenntnis der selbständigen Bedeutung des Realunterrichts gegenüber der humanistischen Lehrmethode. (N. 3.)

Ludwigshafen, 25. April. [Stimmung in der Pfalz.] Man schreibt dem „Pfälzer Courier“ von der französischen Grenze:

Eine hochgestellte Persönlichkeit, die neulich aus der Pfalz nach München kam, bat ausgesagt; in der Pfalz sei alles preußisch geführt. Darüber sucht ein Korrespondent in der „Allg. Ztg.“ zu beruhigen. Der Korrespondent hat Recht: wir wollen nicht anerkennt, nicht preußisch und noch viel weniger französisch werden; wir erwarten unser Leid nicht von einer Revolution und von der Bestreitung, sondern von der freien Entwicklung und Einigung. Aber der Korrespondent hat Unrecht, wenn er glaubt: es genüge uns an der militärischen Führung Preußens im Falle der Gefahr; wir wollen doch etwas mehr. Wir wollen nicht bloß die militärische Führung, sondern auch die diplomatische Leitung Deutschlands in die Hände Preußens gelegt haben, und wollen ferner, daß eine Vertretung des deutschen Volkes dieser Centralgewalt vertrahend und beschwichtigend zur Seite stehe. Wenn man diese Wünsche, diese Gesinnung, die wir, die deutsche nennen würden, preußisch heißen will, so wird die hochgestellte Persönlichkeit doch so Unrecht nicht haben, denn es wird diese Gesinnung so ziemlich von der ganzen Pfalz geteilt. Und thut denn die bayrische Regierung nicht Alles, um dieser Gesinnung täglich neue Nahrung zu geben? Dieses Zusammenhalten mit Preußen, diese freindelige Aufrüttung gegen Preußen, diese Pfälzische Großnachtpolitik! Glaubt man denn in Wünschen, daß die bayrischen Auffassungen in Frankfurt bei uns auch nur einen einzigen Vertheidiger finden? in der hessischen und in der Militärfrage steht die ganze Pfalz auf Seite Preußens. Die Bundespolitik schadet dem Ansehen der bayrischen Regierung bei uns viel mehr, als die innere Verwaltung unseres Kreises. Wir können im Augenblick über leichten nicht klagen. Der jetzige Regierungspräsident hat sich nun in der Pfalz eingewöhnt, kennt Land und Bewohner nunmehr aus eigener Erfahrung, und viele Missgriffe, die in der ersten Zeit vorkamen, werden nicht mehr möglich sein. Dagegen wäre zu besorgen, daß eine neue Verwaltung neue Missgriffe im Gefolge hätte; ein Pfälzer wird schwerlich Präsident werden; ein Senfjetz ist aber mit unseren eignen häuslichen Verhältnissen in der Regel so wenig vertraut, daß er sich bei Andern Raths erholen müßt, und da könnte es leicht wiederkommen, daß diese Andern nicht eben die besten Rathgeber seien. Darum erwarten wir von einem Wechsel in der pfälzischen Verwaltung nicht viel; weiter oben im Ministerium, in der auswärtigen Politik muß es anders werden, Bayern muß mit Preußen gehen und nicht Alles hindern, was von diesem Staat herkommt; je mehr die bayrische Politik eine deutsche wird, desto bayrischer wird die Gesinnung der Pfälzer sein.“

Zweibrücken, 24. April. [Presbyterat.] Der Redakteur des in Frankfurt a. M. erscheinenden „Israelitischen Volkslehrers“, Rabbiner Leopold Stein daselbst, ist auf den 30. Mai d. J. wegen Preschergehens vor das Schwurgericht in Zweibrücken geladen. Die Anklage gründet sich auf einen im Oktoberheft Nr. 53 jener Zeitschrift enthaltenen Aussatz über den Judentum, worin das Appellationsgericht der Pfalz bezüglich eines durch die Giessener Kammer desselben erlassenen Urteils beleidigt und worin ferner zum Ungehorsam gegen den Vollzug von Beschlüssen und Entscheidungen, wie sie das beprochene Urteil über die Ausschwörung des Eides nach strengstem jüdischen Ritus enthält, aufgefordert werde. Auch wurde gegen den Angeklagten, als einen Nichtbayern, ein Verhaftbefehl erlassen. (Pf. 3.)

Hannover. 25. April. [Aus der Kammer.] In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer wurde mit allen gegen 6 Stimmen der Ausschlußantrag, den Posten, betreffend das ohnständige Zustimmung gekaufte Steinkohlenbergwerk Barfinghausen, im Budget zu streichen, angenommen.

Sachsen. Leipzig, 24. April. [Dr. J. Heinze.] Der in Geisteskrankheit versallene langjährige Redakteur der Illustrirten Zeitung, Dr. phil. Julius Heinze, welcher auf dem Sonnenstein bei Pirna untergebracht war, ist am 17. d. gestorben.

Frankfurt a. M., 24. April. [Diplomatie.] Der bei dem deutschen Bunde beglaubigte französische Gesandte, Graf Salignac-Fénelon, ist von Paris wieder in Frankfurt eingetroffen. Das Gericht, derselbe habe um eine Versezung von seinem hiesigen Posten angefaßt, bestätigt sich nicht. (E. 3.)

Hamburg. 25. April. [Arbeitseinstellung.] Nachdem erst seit Kurzem die mehrmonatliche Arbeitsniederlegung der hiesigen Schiffszimmerleute in Folge gegenseitiger Zugeständnisse beendigt ist, ist schon wieder eine derartige Arbeitsniederlegung zu melden. Diesmal sind es die Hauszimmerleute, die auf diese Weise eine Lohnherabsetzung durchzusetzen suchen. Eine unter dem Vorsitz des Amtspatrons dieser Zunft versuchte Verständigung zwischen Meistern und Gesellen ist gescheitert und haben in Folge dessen einige Hundert fremde Zimmergesellen die Stadt verlassen müssen, indem ihnen von der Polizei das Wanderbuch vissirt wurde. Beachtenswert ist es zur Feststellung des Urteils über das Zunftwesen, daß derartige Arbeitsniederlegungen hier fortwährend in regelmäßigen Zeiträumen bei solchen Gewerken wieder zurückzuführen pflegen, bei denen, wie bei den Schiffszimmerleuten und Hauszimmerleuten, von vornherein festste, je nach der Dauer der Arbeitszeit, im Sommer und Winter variirende Tagelöhne festgestellt sind. Die Differenzen über Arbeitslöhne bei denjenigen Gewerken, bei denen nach Stückarbeit bezahlt wird, oder der Taglohn freier Nebenkunst überlassen ist, gleichen sich dagegen stets nach den wechselnden Verhältnissen des Arbeitsmarktes aus. (Pr. 3.)

Hessen. Darmstadt, 25. April. [Militärisches.] In Betreff der Umformung des Kavallerieregiments in eine Brigade hat der Kriegsminister an die Stände eine Vorlage gerichtet, in der es heißt: „Die neue Formation bewegt sich überall innerhalb der durch die revidierte Bundeskriegsverfassung festgesetzten Grenzen,

wozu das Kriegsministerium jederzeit die Nachweisung zu geben bereit ist. Bezuglich der taktischen Nothwendigkeit der neuen Formationen ist anzuführen, daß bei der vorsährigen, seit 45 Jahren zum ersten Male wieder vorkommenden Mobilisierung sich mit Bestimmtheit gezeigt hat, daß Schwadronen von der seitherigen Größe, ganz abgesehen davon, daß diese Zahl das bundesgesetzliche Maximum bereits überschreitet, auch aus anderen Gründen bei Weitem zu groß sind, indem die Führung so starker Einheitsabteilungen unter einem Kommando nicht nur wesentlich erschwert, sondern auch der Zusammenhalt derselben, bei der nach hierortigen Verhältnissen nicht zu umgebenden Vereinigung so vieler jungen Elemente für das Auftreten vor dem Feinde sehr in Frage erschien.“ Das Kriegsministerium deutet hin auf die Erfahrungen des letzten Kriegs, um auch hierdurch darzuthun, daß innere und äußere Nothwendigkeit die Herbeiführung einer kräftigen Formation der Reiterei geboten hätten. Der Voranschlag geht für jedes der drei Jahre der Finanzperiode (1860—1862) auf 372,000 fl.

Kassel, 25. April. [Erinnerungsfeier an Spohr.] Am 5. April, dem Geburtstage Spohr’s, war dessen Gruft mit Blumen geschmückt und viele Freunde des Verstorbenen wanderten hinaus, um ihm auch noch im Tode zu ehren. Am Abende hatte Hofkapellmeister Reiß eine ganz einfache Erinnerungsfeier veranstaltet, indem er mit einer Anzahl Musiker einige Musikstücke des verewigten Meisters auf dem Friedhofe zur Aufführung brachte. Demselben ist jedoch jetzt, weil er nicht um allerhöchste Erlaubnis zu Theil geworden. (N. 3.)

Mecklenburg. Schwerin, 25. April. [Der Kirchenstreit.] Der Kandidat Sellin ist wegen seiner Eingabe, in welcher er um Berufung einer außerordentlichen Kommission zur Schlichtung unseres Kirchenstreites bittet, von Seiten des Oberkirchenrates bei der Justizkanzlei in Schwerin angeklagt und sieht einer Kriminaluntersuchung entgegen. Das Aufzulande befindet sich einer Wendung liegt besonders darin, daß der Kandidat Sellin in einer Petition nichts vorgebracht hat, was er nicht auch in seiner ausführlichen Verhandlungen mit dem Oberkirchenrat oft unbedingt gefragt hatte und worüber er schließlich absolvirt worden war. — Die Kriminaluntersuchung gegen die Sechshunder ist vor gestern mit dem Verhör des Advokaten R. Lange eröffnet worden. Die Aufregung und Verwirrung der Gemüther, welche durch diese weitausgehende Untersuchung bei uns hervorgerufen wird, ist natürlich nicht gering. In den Kirchen und Schulen unseres Landes wird fortwährend gelehrt, daß die heilige Schrift Gottes Wort sei, und derjenige geprägt, der danach handelt, um wenn nun 600 ehrenwerte Männer sich nach dieser Lehre verhalten haben, so werden sie auf das Rathaus citirt, um sich wegen eines indizierten Verbrechens zu verantworten und eventuell bestraft zu werden. Ob die hohen Behörden unseres im eminenten Sinn christlich-lutherischen Staates sich wohl klar machen, durch welche Kunst sie diesen harten Knoten lösen wollen? Allmählig taucht einige Anzeichen auf, daß die Geistlichkeit des Landes, welche bisher der jahrelangen Verwirrung in bequemer Ruhe zugewandt hat, sich endlich ein wenig begreifen lernt. Freilich, wenn sie von ihrem Kredit, der ohnehin nicht mehr groß ist, noch etwas retten will, so ist es die höchste Zeit, daß sie wenigstens zeigt, daß sie noch

Sachsen. Coburg, 25. April. [Wochenschrift des Nationalvereins.] Von der „Wochenschrift des Nationalvereins“, herausgegeben von A. L. v. Kochau, ist so eben eine Probenummer verlandet worden. Das vom 1. Mai an regelmäßig erscheinende Blatt stellt sich die Aufgabe, den regelmäßigen geistigen Verkehr zwischen dem Nationalverein und seinen Mitgliedern herzustellen, die Ansichten und Grundsätze des Vereins in weiteren Kreisen zu verbreiten und dadurch die Zwecke desselben zu fördern. In dem Programme heißt es: „Die Erkenntnis, welche derjenigen ihren Verstand nicht gesissenschaftlich verschließt, Siedermann weiß so ziemlich, woran wir sind. Siedermann arbeitet nicht, wohin wir in Ermangelung eines Steuern treiben. Siedermann erkennt mehr oder weniger deutlich den großen Krankheitsstock in unserem Staatskörper und das einzige Staatsmittel zu dessen Heilung. Aber das Wissen soll sich zum lebendigen Bewußtsein stärken, die Ahnung soll zur Überzeugung werden, aus der Erkenntnis soll der thatkräftige Wille hervorgehen, und dazu kann die Presse wiewohl sie den Ereignissen die Hauptarbeit überlassen muß, einen wesentlichen Beitrag dazu beitragen. So versteht die „Wochenschrift des Nationalvereins“ ihre Aufgabe. Sie will, soweit an ihr ist, der öffentlichen Meinung behülflich sein, mit sich selbst vollends ins Reine zu kommen, sie will den Übergang vom Wunsche und Gedanke zum Entschluß vermitteln, sie will in den Begebenheiten der Beweggründe zum Handeln nachweisen. Von der Sprache der politischen Logik erwartet sie zu diesem Zwecke wirksamere Dienstleistungen, als von der Beredtsamkeit der Leidenschaft oder der Jammermalerei der Phantasie.“

Großbritannien und Irland. London, 24. April. [England’s Verhältnisse zu Frankreich.] Der „Morning Herald“ vergleicht Lord J. Russell’s Haftung in der savoyischen Sache mit den Verhaftungsmaßregeln, die Dogberry in „Viel Lärm um Nichts“ der Wache giebt. Er wollte den Kaiser Napoleon erhalten, aber nur mit des Kaisers Willen und Belieben. „Vor ein paar Wochen“, fährt der „Herald“ fort, „übertrug Lord John das Haus der Gemeinen durch einen fetten Brief übergehenden Anfälle von Patriotismus, und ein Bettaillasturm übergrüßte die Ankündigung, daß die Allianz, in der wir eine so wichtige Rolle gespielt, zu Ende sei. Wir deuteten damals an, daß Lord John’s Entrüstung etwas spät kam, und daß man auf Lord John’s gute Absichten sich nicht immer verlassen könne. Auf den zornigen Persönlichkeiten, mit denen er den verstorbenen Gouverneur Nikolaus herausforderte, folgte seine schimpfliche Flucht von Wien. Der Sterbliche muß sehr leichtgläubig sei, der da wähnen könne, daß Lord John sich wirklich von französischen Einflüssen emanzipiert habe, oder daß er nicht, nach ein, zwei Kraftsprüngen mit liebenswürdigster Gelehrigkeit zurückkehren werde, um sich an den Triumphwagen Napoleon’s zu spannen. So nimmt denn Lord John einen von Frankreich vorgeschlagenen Kongress an, der erst, wenn ganz Savoyen faktisch und rechtlich französisch geworden ist, begonnen werden und nur dazu dienen soll, die Einverleibung zu legitimieren.“

miren. Lord John weiß sehr wohl, daß ein Wort des Protestes von England in ganz Europa starken Auflang finden und noch in diesem Augenblicke die Einverleibung wenigstens so weit, als sie die Unabhängigkeit der Schweiz berührt, verhindern könnte. Und was thut England? Es geht auf einen Kongreß, durch dessen Entscheidung es sich unwiderruflich gebunden halten wird, bis die Interessen Frankreichs eine neue "Revindication" verlangen." Auch die "Saturday Review" beklagt es, daß der Kaiser Napoleon einen so starken persönlichen Einfluß auf Englands leitende Politiker zu erlangen gewußt hat. Alle Staatsmänner von Namen, Malmesbury, Palmerston, Disraeli und Cobden, alle hätten in Compiègne, Plombières oder in den Tuilerien ihre Aufwartung gemacht. Und es sei nicht leicht, einen hohen Ton gegen einen Mann anzunehmen, mit dem man so eben erst unter einer Decke gespielt. Wenn Lord Palmerston den Kaiser als einen des ritterlichen Hosenbandes unwürdigen Mann behandeln wollte, müßte er vorerst beichten, daß er selbst sich abscheulich habe hinters Licht führen lassen, und daß er sein Vaterland erniedrigt habe. In einem andern Artikel bezeichnet die "Saturday Review" die Abstimmung in Savoyen und Neisse als ein bloßes Possenspiel, bemerkt aber trotzdem, daß die englische Regierung wohl daran thue, die Schweizer nicht zu bewaffnetem Widerstande zu ermutigen. Dieser Widerstand wäre isolirter geblieben, und die Bildung einer Koalition gegen ein Frankreich sei in diesem Augenblick nicht nur nicht wünschenswerth, sondern auch unmöglich.

Frankreich.

Paris, 24. April. [Die savoyische Frage.] Die wachsende Mäßigung, mit welcher Russel den Interpellationen im Unterhause entgegentritt, und Palmerstons anhaltendes und darum so bereutes Schweigen sprechen dafür, daß der Irrthum nicht auf Seiten derer ist, die einen Bruch mit England nicht so nahe glauben. Die Thatache der Annexion Savoyens betrachtet man als durch die Abstimmung unumstößlich abgeschlossen; es ist jedenfalls kein Argument erfindlich, durch welches England den Anschluß ansehn könnte, der den legitimen Rechtstitel der Veräußerung durch den Souverän auf der einen und der von England wiederholt und feierlich in Bezug auf Mittelitalien proklamirten der Selbstbestimmung der Bevölkerung auf der anderen Seite zur Grundlage hat. Sollen Savoyen und Nizza weniger berechtigt seien, sich einen neuen Herrn zu wählen, da es mit Zustimmung des alten geschieht, als Toscana, Parma und Modena gegen die Zustimmung der legitimen Monarchen? Die Mäßigung der Schweiz, die ihre frühere Drohungen, die neutralirten Gebiete militärisch zu besetzen, vergeßt zu haben scheint, hat ohne Zweifel die Schwierigkeiten der Lage vermindert. Tritt, wie es fast gewiß ist, eine Konferenz zusammen, so wird sie vollbrachten Thatsachen, wie Europa in zahlreichen Präzedenzfällen gethan, nur sanktioniren können, zumal wenn es sich bestätigen sollte, daß der Kaiser mit sehr liberalen Koncessionsen die Neutralität der streitigen savoyischen Distrikte sicher zu stellen entschlossen ist. (V.H.B.)

— [D a g e s b e r i c h t.] Der Senat hat gestern auf den vom General Marquis d'Hautpoul erstatteten Kommissionsbericht das Gesetz, welches die Reduktion des Armeekontingents von 140 auf 100.000 Mann betrifft, einstimmig (es waren 89 Mitglieder anwesend) angenommen. — Die erläuternden Worte, welche der Kardinal Morlot in der Sitzung vom 19. April gesprochen hat, stehen heute auf seinen Wunsch wörtlich abgedruckt im „Moniteur“ zu lesen. Es heißt darin: „Über die bischöflichen Mandate und Pastoralbriefe, über die Encyclica vom 19. Januar, über die religiösen Gesellschaften und über die Pflichten, welche die souveränen Päpste in Betreff der Besitzungen der Kirche von Rom haben, so wie über alle Fragen, die in letzter Zeit so tief die religiöse Welt bewegt haben, habe ich niemals andere Gedanken gehabt, als meine ehrwürdigen Mitbischöfe; auch habe ich nicht vergessen, daß ich als Mitglied des Kardinalkollegiums noch strenger gehalten bin, diese Gedanken zu bekennen.“ Diese Erklärung soll die Folge eines harten Schreibens sein, das dem Erzbischofe von Paris aus Rom zugeschrieben wird soll, so wie mehrerer Zuschriften, welche verschiedene Bischöfe an ihn gerichtet haben. — Desrein und Ruszland haben sich beide für Paris als den Ort der Konferenz der europäischen Mächte ausgesprochen. Man glaubt, dieselbe werde zu Stande kommen. — Heute findet der Ball im Hotel Alba statt. Die Fürstin Metternich hat ein Ballet der vier Elemente organisiert: je 4 Damen aus der höheren Gesellschaft sollen ein Element darstellen, die Luft, die Erde, das Feuer und das Wasser. — Der Prozeß des „Siècle“ unterbleibt in Folge einer eingetretene Ausgleichung zwischen den Mitgliedern des Überwachungsrathes. Herr Picard bleibt Herrn Havin nach und tritt aus. — Der „Constitutionnel“ meldet, der legislativen Versammlung solle ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher den französischen Waffenfabrikanten gewisse Erleichterungen für die Ausfuhr von Waffen verschafft. Künftighin soll ihnen nicht mehr für jede einzelne Bestellung, sondern ein allgemeiner Erlaubnischein bewilligt werden. Dagegen sind sie gehalten, ein genaues Fabrikregister zu führen, und in gewissen Fällen verpflichtet, ihren Waffenvorrath auf Verlangen der Obrigkeit an einen bestimmten Ort niederzulegen; ferner müssen die Waffen mit dem Stempel und einer Fabrikmarke versehen sein. — Nicht Marschall Canrobert selbst, der Nancy gar nicht verlassen hat, sondern der Chef seines Generalstabes, General Baron Anselme, hat das Fort von Les Roussets, unweit der schweizer Grenze, inspiziert. — Herr Laty wird wahrscheinlich morgen, spätestens Ende der Woche hier eintreffen. Er soll den Mitgliedern des savoyischen Klerus die Versicherung gegeben haben, daß sie in der religiösen Frage beruhigt sein dürften, da rücksichtlich der Romagna ein neues Ausgleichungsprojekt vorliege, dem der Papst allem Anschein nach sich anschließen werde. Der Erzbischof von Chambéry soll nach Zug der Anerkennung auf Befürwortung der französischen Regierung den Kardinalshut bekommen. — Herr Hornerod, Mitglied des Bundesrathes, wird in Paris erwartet. — Es werden bedeutende Anläufe von Kavalleriegerden für die französische Armee in England und Deutschland gemacht. — Man beschäftigt sich jetzt in Paris mit einem neuen Eisenbahnprojekt, nämlich mit der Errbauung einer Eisenbahn, welche die verschiedenen Stadtviertel miteinander verbinden und auf diese Weise einen Schienenweg durch ganz Paris bilden soll. Zwei verschiedene Wege, einer hinauf, der andere zurückföhrend, sollen über die beiden Trottoirs der Straße auf einem von eisernen Säulen getragenen Viadukt führen, so daß also die Trottoirs, wie die der Rivolistraße, mit Arkaden überbaut werden, um

ter welchen der Weg für die Fußgänger entlang läuft. An den Hauptkreuzwegen sollen kleine Bahnhöfe errichtet werden, die untereinander durch Omnibus verbunden werden sollen. In Amerika existieren bereits mehrere solcher Bahnen.

— [Die Verhaftung des Grafen Montemolin aus Madrid schreibt man: die Regierung habe von allem Anschein her um das Versteck der Prinzen gewußt. Man habe aber vor der Hinrichtung Ortega's dieselben nicht festnehmen wollen, da sonst sie als die Schuldigsten dem Geseze hätten als Sühnopfer versetzen müssen. Nun wird man ihnen den Prozeß machen, und obgleich das Urtheil, allem Anscheine nach, ein scharfes sein dürfte, wird die Königin sie zu lebenslänglicher Haft begnadigen. Man glaubt aber nicht, daß man sie, wie es Anfangs hieß, bloß über die Grenze schicken werde. — Einem Korrespondenten der „R. Z.“ wird folgende Geschichte aus gut unterrichtetem Munde erzählt: Der hiesige Geschäftsträger des Königs von Neapel, Marquis Antonini, hatte sich vor einigen Tagen an Herrn Mon, den spanischen Gesandten, gewandt, um von diesem Näheres über den Aufenthalt des Grafen Montemolin zu erfahren; der König von Neapel sah nämlich in Verlegenheit, da er über die Wohnung, die er seiner Befter geborgt hatte, zu Gunsten eines andern Verwandten verfügen möchte. Herr Mon erwiederte bedauernd, keine Auskunft geben zu können. Als er jedoch die Nachricht von der Verhaftung des Prinzen und seines Bruders erhielt, schrieb er an Marquis Antonini ein Briefchen, folgenden Inhalts: „In Erwiderung auf Ihre freundliche Anfrage beeile ich mich, Ihnen zu melden, daß ich eben in Erfahrung bringe, meine erlauchte Königin habe für eine Wohnung des Grafen Montemolin in Tortosa gesorgt, und Ihr erlauchter Herr und König mag daher über die in Neapel nach Belieben verfügen.“ Montemolin rechnete übrigens so sehr an das Gelingen seines Roups, daß er Alles, was er an beweglichem Gut in Neapel besaß, verkaufen ließ.

B e l o i e n

Brüssel, 24. April. [Erzherzog Joseph; Urlaubs
gesuche; Kammerverhandlungen.] Gestern Abends ist der
Erzherzog Joseph von Döstreich, Bruder der Herzogin von Brabant,
hier eingetroffen und im königlichen Schlosse abgestiegen. Der Prinz
wird einige Tage hier verweilen. — Verschiedene belgische Offiziere
und Unteroffiziere haben bei dem Kriegsministerium Urlaub nach
gesucht, um in päpstliche Dienste zu treten; dieselben sind vom
General Ghazal abschlägig beschieden worden. — In der heutigen
Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde ein Schreiben des Ministers
des Innern verlesen mit dem Vorschlage, das Bildniß Ch. de
Brouckere's in die im Nationalpalaste befindliche Galerie der un-
serer Vaterland verdienten Belgier aufzunehmen. Der Antrag wurde
mit lautem allseitigem Zuruf genehmigt. Das Haus ging alsdann
zur Weiterberathung des Wuchergesetzes über, und wurden die libe-
ralen Bestimmungen der Kommission durch deren Berichterstatter
Pirmez, mit großer Sachkenntniß vertheidigt. (R. 3.)

Italien.

Turin, 22. April. [Der Aufstand auf Sicilien
Gavour; die Konferenz; venetianische Emigration.
Die Nachrichten aus Sicilien sind noch voller Widersprüche; die
Meinung jedoch, daß es sich um eine ernste Bewegung handle, bestätigt sich. — Graf Gavour wird morgen hier erwartet; er wird
vor seiner Ankunft den Militärhafen von La Spezzia besuchen, und
den Stand der dortigen Arbeiten zu besichtigen. — Herr Thouvenel hat hierher gemeldet, daß es ihm ganz gleichgültig sei, ob die
Konferenz gleich zusammenentreten, oder ob sie erst einberufen werde,
nachdem man sich unter den verschiedenen Großmächten auf den
Wege abgesonderter Unterhandlung über die der Schweiz gegenüber
zu treffenden Maßregeln geeinigt haben werde. Allem Anschein nach dürfte das Letztere gelingen. — Die Emigration aus
Venedig dauert fort, obgleich die österreichische Regierung sich derselben
widerseht und alles einstellt, was auf Fluchtversuchen ertappt
wird. Ein ehemaliger österreichischer Marineoffizier, der seit 1844
auf seinen Gütern lebte und außer Dienst war, und der nun hier
her gekommen ist, um in der sardinischen Armee Dienste zu nehmen,
erzählte folgende bezeichnende Anekdote: Er suchte seit längerer Zeit vergebens nach Mitteln, aus Venetien zu entkommen, ohne
daß es gelingen wollte. Da ereignete es sich, daß sein Bruder, ein
Student von 14 Jahren, auf einem kleinen Kaufahrer entwich und
sich nach Sardinien durchschlug. Diese Entweichung wollte der ältere
Bruder benutzen, um einen Paß zu erhalten. Er begab sich
zum Delegaten der österreichischen Polizei und erklärte diesem ganz
entrußtet, er wolle seinem kleinen Bruder nacheilen, um ihn wieder
zurückzuführen, da man einen so jungen Burschen doch unmöglich
seinem Schicksale überlassen könne; er bitte daher um einen Paß.
Der Delegat erwiderte aber lächelnd: „Nein, nein, mein Herr, ich
weiß, was das zu bedeuten hat. Sie sind der funzigste, der sich mit
einer solchen Ausrede an mich wendet, um einen Paß zu bekommen.
Am Ende gelang es dem Marineoffizier doch, durchzukommen. (K. 3.)
Florenz, 23. April. [Der Aufstand in Sicilie]

und die neapolitanische Emigration.] Neapolitanische Briefe melden als zuverlässig, daß General Viglia ermordet worden sei. General Viglia wurde beim Erzerzieren im Feuer von einer Ladstöcke in die Schulter getroffen. Die heftige Proklamation des Sicilianers La Farina, der als Flüchtling in Turin lebt, an die Sicilianer, ist zu Tausenden in der neapolitanischen Armee verbreitet. Ajossa hat an die Provinzialintendanten ein Rundschreiben erlassen, worin dieselben Weisung erhalten, unverzüglich jeden zu verhaften, der die Worte: „Aufstand auf Sizilien“, ausspreche. In Florenz machte die neapolitanische Emigration am Abende des 17. April eine Kundgebung, indem sie mit einer in Trauerfot eingehüllten Fahne vor den Palazzo Vecchio zog und rief: „Es lebe das freie Italien! Das freie Sizilien! Graf Cavour oder Ricasoli soll erscheinen!“ Hierauf begab sich eine Deputation zu Ricasoli, um demselben vorzustellen, daß, da die ganze Insel jetzt im Aufstand und die königlichen Besatzungen entweder auf der Flucht oder vernichtet seien, Victor Emanuel einschreiten möge, damit Franz I. die Insel nicht von Neuem unterwerfe. Ricasoli entgegnete, seine Nachrichten aus Sizilien lauteten nicht so günstig; der Aufstand habe noch keinen Erfolg gehabt, und es sei deshalb gerathen, den Verlauf ruhig abzuwarten. Die Deputation drang nun darauf, Ricasoli solle dem Könige das Anliegen ans Herz legen. Alsbald kehrte er mit der Antwort zurück, Se. Majestät sei derselben Ansicht wie er, Ricasoli, lasse ihnen aber ferner bemerken, daß, da er nicht

mit Neapel im Kriege sei, er sich nicht einmischen könne, es sei denn, daß das ganze Volk in Süd-Italien sich erhoben habe. Die Emigration war über diese Antwort sehr erbittert; sie ließ das Wort „Verrat“ fallen. Als bald erschien ein Offizier, der die Gruppen auf dem Platze vor dem Palazzo Vecchio aufforderte, sie möchten keinen Lärm machen, sondern ruhig nach Hause gehen. Die Stimmung der neapolitanischen Emigration scheint durch den Umstand so aufgereggt gewesen zu sein, daß der letzte französische Messageriedampfer, der in Livorno anlegte, so gestopft voll von Flüchtlingen aus Sizilien war, daß ein Theil derselben auf dem Verdecke sogar Nachts bleiben mußte. Der „Pausilippo“, welcher am 18. eintraf, brachte wiederum 300 sicilianische Flüchtlinge mit; doch sagten die Leute aus, daß, als der Dampfer bei Palermo anlegte, in der Stadt nicht mehr gekämpft wurde; auch soll die Zahl der Opfer nicht so groß sein, wie im ersten Schrecken behauptet ward.

Messina, 16. April. [Zum Aufstande.] Die „Indépendance“ bringt einen Brief, der in so fern bemerkenswerth ist, als er mit einer Reihe von Angaben erhärtet, daß die Masse der Bevölkerung für ruhiges Zuwarten war, „und selbst die glühendsten Patrioten Klugheit und Ordnung predigten; aber man hatte ohne die Sbirren und das Gesindel in den Kerkern gerechnet, denen die Gefängnsthöre geöffnet wurden, damit in der Stadt Unruhen entständen, die dann leicht niedergeschlagen werden könnten“. Das Gesindel, welches auf die Bevölkerung losgelassen wurde, fing an, unverschäm't zu betteln, zu drohen, friedliche Bürger zu beschimpfen. Als hierauf eine Deputation des Gemeinderathes, der sich eine Anzahl angesehener Bürger anschloß, sich zum Kommandanten, Maréchal de Camp Russo, versügten und denselben ersuchte, gegen das Gesindel einzuschreiten, das auf der Straße Geld heische und mit Messerstichen drohe, antwortete er, sie sollten dies der Polizei vorstellen, „er habe die Mission, die Liberalen festzunehmen, nicht die Diebe“. Als nun am Öftertage von Neapel eine Depesche eintraf, die Bewegung in Palermo sei niedergeschlagen, „wurde Abends die Provokation der Soldaten, Sbirren und Strolche allgemein“. Endlich entstand vor dem Theater ein Volkshaufe, der Miene machte, den ewigen Neckereien und Drohungen entgegenzutreten, als ein Offizier mit einer starken Patrouille erschien und Feuer kommandierte. Die Volksmasse ergriff die Flucht. Nun brachen die Sbirren und das Gesindel los, und die Melelei begann. Am andern Morgen wurde die Stadt in Belagerungszustand erklärt, Haussuchungen nach Waffen erfolgten, und am 10. wurden alle Geflüchteten aufgesondert, zu ihren Beschäftigungen zurückzuführen.

Spanien.

Madrid, 17. April. [Ein öffentlicher Anschlag.] Das Ereignis des Tages ist eine „Proklamation an die Spanier“ welche gestern massenweise verbreitet wurde. Trotz der Wachsamkeit der Polizei konnten einige Exemplare in den Straßen angeklebt werden. Die Ausdrücke dieser Schrift sind der Art, daß ich sie nicht wiederholen mag. Es genügt zu wissen, daß der Gegenstand der Proklamation ist, die Verhöhnung der nationalen Ehre durch eine sehr vornehme Dame bei ihrer Reise nach Tetsuan dem Lande zu denunzieren. Der Preis sei eine Million Piaster für die Dame und eine ähnliche Summe für die ministeriellen Blätter gewesen. Der Stil, obgleich scherhaft, ist beißend. Es giebt Hiebe für Te-dermann; für Odonnell, für die Moderados, für die Königin Christine. Die Proklamation schließt mit einem Ruf zu den Waffen: „Soldaten, es fehlt Euch nicht an Muth, das ganze Volk ist mit Euch; an einem tüchtigen Chef wird es nicht mangeln; es lebe der militärische Ruhm Spaniens, es lebe Prim!“ Beigegeben ist ein Spottlied; unter dem Ganzen stehen die Namen des ehemaligen Ministers des Innern, Don José de Posada Herrera, welcher wegen des Friedensschlusses seine Dimission einreichte, und des Marquis de la Vega de Armijo, Zivil-Gouverneurs von Madrid, welcher ebenfalls aus seiner Unzufriedenheit über den Frieden kein Hehl macht, und obgleich sehr vertraut mit Marshall Odonnell, sich in den Salons der Donna Manuela (Gemahlin des Marshalls) nicht mehr sehen läßt. Vergebens hat bis jetzt die Polizei nach den Verbreitern der Proklamation gesucht.

Dānemarke

Kopenhagen, 20. April. [Marine.] Der König hat eine Kommission ernannt, welche alle Verhältnisse der Kriegsmarine, die Werften derselben, die Arbeit auf denselben und deren ganze Dekonominie untersuchen und, wo möglich noch vor dem Schlusse dieses Jahres einen Bericht darüber abzustatten soll.

Kopenhagen, 22. April. [Dagbladet für den Anschluß an Frankreich gegen Deutschland.] Unter den hiesigen Preßorganen steht keines dem Ministerium Hall so nahe, wie "Dagbladet". Dieses Blatt nun erörtert die Frage, wie Dänemark sich im Falle eines Krieges um "die natürlichen Grenzen" zu den kriegsführenden Theilen, Preußen und England auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite, zu stellen habe; sich neutral zu halten, werde nicht angehen, weil Dänemark, als für Holstein-Lauenburg Mitglied des deutschen Bundes, von beiden Theilen zu einer Entscheidung gedrängt werden würde. Eine Erfüllung der Bundeypflichten von Seiten Dänemarks erscheint "Dagbladet" in diesem Falle als etwas so Unmögliches, so "Unnatürliches", daß es eine Erörterung dieser Kombination nicht weiter für nötig erachtet. Dänemark, heißt es weiter, muß sich an Frankreich anschließen und einen möglichst hohen Preis für seinen Beistand zu erlangen suchen. Dänemarks Allianz wird in einem Kriege mit Deutschland von keiner geringen Bedeutung sein; Norddeutschland hat keine auf irgend bedeutende Festungen gestützte Vertheidigungslinie nördlich der Linie Minden-Magdeburg-Küstrin, bis zur preußischen Ostseeküste; es ist daher einleuchtend, welche Bedeutung einer französischen Diversion von der Elbe, für welche Kiel einen ausgezeichneten Landungsplatz bieten würde, bei einem gleichzeitigen Hauptangriffe vom Rhein her, beizulegen sein wird. Dänemark darf sich durch die Erinnerung an die Folgen der Allianz mit dem ersten Napoleon nicht abschrecken lassen; denn die Verhältnisse sind jetzt wesentlich andere. Was uns selbst angeht, so haben wir kein Norwegen und auch beinahe keine Flotte mehr zu verlieren; England ist ferner unzweifelhaft nicht mehr in dem Grade übermächtig zur See, wie damals, und wird schwierlich Frankreich daran hindern können, Truppen in Holstein zu landen; auch die Stellung Russlands und Schwedens, die 1813 und 14 Verbündete von Deutschland und England waren, dürfte diesmal sich wesentlich anders gestalten. Russland hegt eine solche Antipathie gegen die deutsche Einheitspartei und

gegen England, und scheint in den orientalischen Angelegenheiten so sehr eine Verständigung mit Frankreich zu wünschen, daß eine Koalition zwischen Russland und Frankreich durchaus nichts Unwahrscheinliches ist. Jedenfalls hat Russland kein so großes Interesse daran, Frankreichs Vordringen an den Rhein zu hindern. Was Schweden betreffe, meint „Dagbladet“, so sei es allerdings wahr, daß seine kommerziellen Interessen es auf England hinweisen, allein die Sympathien des Volks (2), die Verwandtschaft der Fürstenhäuser und die historischen Traditionen sprächen doch für Frankreich. „Hierzu“, heißt es weiter, „kommt noch eine Betrachtung. Die traditionelle russische Politik ist gegen die Türkei, gegen Konstantinopel, gerichtet, und es wurde 1809 in Petersburg nur als ein geringer Ertrag angesehen, daß Napoleon damals seinem mächtigen Alliierten gestattete, Finnland zu nehmen, zum Erfolg für das Aufgeben der Pläne gegen den Süden.“ Bestätigt es sich nun, daß Frankreich und Russland eine Uebereinkunft über eine definitive Ordnung der orientalischen Frage getroffen haben, bei der sie notwendig auf den Widerspruch Englands zu rechnen haben werden, so dürfte es es nicht ungereimt sein, anzunehmen, daß beide Mächte den Beistand Schwedens durch eine Rückgabe Finlands, für welches Russland alsdann einen reichlichen Ertrag im Süden finden würde, zu erkauft suchen werden“. Kurz und gut, „Dagbladet“ findet, daß Dänemark dreist sein Schicksal an eine Allianz mit Frankreich knüpfen könne; denn nur durch eine solche könne es sich für immer von Deutschland losmachen und zur unbeschränkten Herrschaft in den Herzogthümern gelangen. Solche Artikel zeigen deutlich, wessen Deutschland sich von Dänemark zu versetzen hat. (Pr. 3.)

A f s i e n.

— [Neuestes aus Indien und China.] Nach Berichten aus Kalkutta vom 23. März sind in Kabul Unruhen ausgebrochen. — Aus Kanton, 14. März, wird berichtet, daß die insurrektionelle Bewegung in China fortwährend größere Fortschritte macht. — Shanghai, 8. März. Man versichert, daß vier den Busen von Pekeln herauftauchende Kriegsschiffe der chinesischen Regierung ein Ultimatum überbringen. — In Japan wird die Situation immer schlimmer. Die Fremden leben in großer Besorgniß. In den Straßen von Yocuhama sind zwei Holländische Kapitäne ermordet, ohne von ihrer Seite die Japaner provocirt zu haben.

A m e r i k a.

New York, 2. April. [Die Begnadigung der mexikanischen Schiffe.] Der mexikanische Admiral Miramón, so nennt er sich selbst, hat Protest gegen die Begnadigung der Kriegsdampfer „General Miramón“ und „Marquez“ eingelebt und behauptet, daß weder die „Saratoga“, noch die „Indianola“ oder „Wave“ bei ihrer Annäherung eine Flagge aufgezogen hätten. Er wußte, daß die beiden zuletzt genannten Schiffe der Juarezregierung angehörtten, und septe voraus, daß sie bewaffnete Boote im Schleppen hätten, weshalb er einen Fluchtversuch machte. Zweimal wurde auf ihn gefeuert und er erwirkte diese Schiffe, dann erkannte er die „Saratoga“ und befahl, daß Feuer einzustellen; defensionierachter aber wurde der Angriff fortgesetzt und das Resultat ist bekannt. Der Admiral grüßt weiterhin an, daß er die Schiffe in Havanna von Kaufleuten erstanden und zwar im Auftrage der höchsten Regierung in Mexiko. Einer der Dampfer habe er von Haus aus nationalist, mit dem andern sollte dies erst nach der Ankunft in Mexiko geschehen, wenn sich derselbe bewährt haben würde. Mit den Verlusten der hier in Rente stehenden Schiffe scheint Miramón's Stern gesunken zu sein, er rechnete offenbar entschieden auf dieselben, und zwar nicht bloß deshalb, um sein Unternehmen gegen Veracruz von der Seeseite aus zu unterstützen, sondern um eine Zufuhr an Waffen, Munition und Lebensmitteln zu erhalten, deren er dringend bedurfte. Wenn das Unternehmen im Ganzen durchaus fehlgeschlagen ist, so wird es sich jetzt fragen, ob es Miramón möglich sein wird, sich nach Mexiko durchzuschlagen, und wenn ja, ob er im Stande ist, dort wieder an die Spitze der Verhältnisse zu treten, denn die Stimmung ist durchaus gegen ihn; und sollte er nach Mexiko zurückkehren und dort noch einmal in seiner bisherigen Stellung anerkannt werden, so kann dies nur dem Umstände zugeschrieben werden, daß die Partei der Kirche für jetzt keinen Substituten für ihn hat, da sie, wie es scheint, Marquez nicht geeignet für ihre Pläne hält und also auf Miramón angewiesen ist.

— [Über den Grenzkrieg in Texas] bemerkt die „Staats-Ztg.“: Die neuesten Nachrichten von Rio Grande sind von Interesse; zwar wurde die Ruhe in der letzten Zeit nicht gestört, defensionierachter aber ließ sich an wirklich gesicherte friedliche Zustände nicht denken, es war die Ruhe, welche einem Sturme vorzugehen pflegt. Indessen befinden sich die amerikanischen Truppen in genügender Stärke an der Grenze, um jeder Eventualität begegnen zu können; gerade aber seitdem dies der Fall ist, zeigen die mexikanischen Behörden von Matanzas mehr Eifer; vielleicht wünschen sie es zu vermeiden, daß der Krieg auf mexikanisches Gebiet hinübergespielt wird. Sie haben sich daher entschlossen, Cortinas zu vernichten, und bei diesem Unternehmen die Unterstützung der Amerikaner erbettet, und diese ist ihnen gewährt worden. Unter Befehl des Kapitäns Stonemans haben zwei Kompanien regulärer Kavallerie und zwei Kompanien Rangers den Grenzfluss überschritten, und zwar bei Agua Negra. Sie stehen auch wirklich auf Bänden von Cortinas, aber ihm selbst konnte man nicht auffinden; da plötzlich erschienen die mexikanischen Truppen von Matanzas und zeigten sich höchst erstaunt über die Anwesenheit der Amerikaner, sie reklamirten einzelne Gefangene, als zu ihrer Abteilung selbst gehörig, trotz allem aber gestanden sie zu, daß Cortinas selbst sie am Tage vorher geschlagen habe. Wenige Tage später ging dem Major Heimelman von den mexikanischen Behörden eine formelle Requisition zu, welche ihn erfuhr, die amerikanischen Truppen vom mexikanischen Gebiete zurückzuziehen, was indeß bis jetzt nicht geschehen konnte, sie stehen vielmehr im Lager bei Meta, und mehr als das, man hat sie durch eine Batterie von 24 Pfundern verstärkt. Alle Umstände lassen auch nicht den geringsten Zweifel darüber, daß die Behörden von Matanzas mit Cortinas im vollkommenen Einvernehmen handeln und daß sie sich für die Partei der Kirche erklären würden, wenn Vera-Cruz fallen sollte (oder gefallen wäre). Miramón hat Verstärkungen nach dem Norden entsandt, und wenn diese wirklich eintreffen sollten, wird sich Carvajal denselben gegenüber nicht halten können, da seine Truppen entmuthigt und zur Desertion mehr als geneigt sind. Alle diese Umstände sind sehr beachtenswerth und geignet, dem Kriege am Rio Grande eine ernste Bedeutung zu geben, denn wir haben es jetzt nicht mehr einfach mit einer Banditenbande zu thun, sondern mit Mexiko oder einem dazu gehörigen Staate selbst. Alle Umstände drängen einer Entscheidung entgegen und wir müssen den nächsten Nachrichten mit Spannung entgegensehen. Während dem liegen sehr begreiflicherweise die Geschäfte in westlichen Texas gänzlich darnieder, der Rio Grande steht ungemein niedrig, so daß selbst die Schifffahrt beeinträchtigt wird, und die Bewohner dieser Gegend in allen ihren Interessen sehr wesentlich beeinträchtigt werden.

V o m L a n d t a g e .

H e r r e n h a u s .

Berlin, 26. April. [24. Sitzung.] Auf der Tagesordnung steht zuerst: Bericht der Finanzkommission über die allgemeinen Gesichtspunkte, welche bei den die Grundsteuer betreffenden Gesetzentwürfen zur Erwägung kommen, so wie über den Gesetzentwurf Nr. 1, die anderweitige Regelung der Grundsteuer betreffend. Der Berichterstatter v. Meding hebt die Wichtigkeit des zur Sprache kommenden Gesetzes hervor, verzichtet aber auf erlöschende Darlegung der Sache, die Alten bekannt sei und Alter Nachdenken lange Zeit hindurch ausschließlich gefangen gehalten habe. — Dr. Baum stark: Wir sind in der Lage, heute von unserem Recht der Teilnahme an der Gesetzgebung Gebrauch zu machen, wie nie zuvor in gleicher Maße. Die Grundsteuer bildete von jeher ein noli me tangere, mit Säuglichkeit bestimmt; das 18. Jahrhundert ist aber reich an Grundsteuerideen, die ganz und gar nicht die Ausgeburten französischen Revolution sind. Man wollte in Frankreich bloß statt der Steuerfreiheiten natürliche Zustände schaffen. Bei uns fing man 1808 mit Steuerreformen an; 1818 bekannten wir neue Steuern, die Grundsteuer verschlug sich

aber leider. Der jespige Moment will sie verwirklichen und zwar zum Wohle des Staats. Schnurstracks im Widerspruch steht ich mit den Arbeiten der Kommission, die den großen Schwierigkeiten, welchen der Staat ausgesetzt ist, nicht begegnet. Entweder radikale Grundsteuer, oder Erhöhung der schon bestehenden Steuern, die aber ganz und gar nicht ratsam ist. Die Regierungsvorlage genügt mir nicht einmal; ich gehe viel weiter in meinen Forderungen im Interesse des allgemeinen Wohls. Die Grundsteuer zeichnet sich vor allen übrigen Steuern durch ihre große Einträglichkeit und dadurch aus, daß sie eine Hinaufschraubung der Belastung verhindert. Ihre bisherige Ungleichheit übersteigt alle Vorstellungen und läßt sich durch nichts rechtigen. In den Regierungsbürgern Marienwerder und Köslin z. B. kommt auf den Morgen 9 Pf., in Koln 8 Sgr. 4 Pf., in Düsseldorf 9 Sgr. 10 Pf.; nach Kopf gerechnet, stellt sich das Verhältnis eben so eindrucksvoll heraus: in Marienwerder lastet auf jedem 8% Sgr., in Köslin 9%, Sgr., in Münster 1 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf., in Magdeburg 1 Thlr. 2 Sgr. 9 Pf. Eben so ungleich ist die Gebäudesteuer, woran Niemand mehr zweifelt. Nun sollen nach Art. 101 der Verfassung Reformen vorgenommen werden und ich betone dabei besonders, daß jede Bevorzugung abgeschafft werden soll. Daz die Besteuerung mit 8 Prozent nicht, wie geglaubt wird, den Grundbesitz ruinieren werde, lebt die Erfahrung. Ferner sagt man, der Staat wolle dem Grundbesitz etwas vorweg nehmen, doch auch dies ist ganz illusorisch: der Grundbesitz kann, die intendierte Steuer, volkswirtschaftlich betrachtet, durchaus ertragen. Denke ich nun an das Schicksal Preußens, denn es ausgeht ist, so stimmt mich das nicht bloß ernst, sondern traurig und die Regierung muß unterstützt werden in ihren jespigen Zwecken.

Fürst Leopold-Königreich, Heinrich LXXXIV.: Das vorgelegte Gesetz werde, wenn man es anneme, den ohnehin verchuldeten Grundbesitz total ruinieren. Man könnte ja andere Steuern, etwa die größere Besteuerung des Tabaks, vornehmen, sobald der Sollvereinvertrag abgelaufen sei. — Herr v. Düessberg bleibt auf der Tribune unverständlich. Herr v. Heyen plädiert: Gewarten Sie von mir keine theoretischen Erörterungen, ich werde mich rein praktisch verhalten. Der Art. 101 sagt, jede Bevorzugung solle aufhören; auf der andern Seite braucht der Staat Geld und das ist wichtig. Wenn nur gesagt wird, die Exemtionen sollen aufhören und Entschädigung dafür eintreten, so ist das eine Lebensfrage für uns, vor Allem in ihren Folgen, denn sie ist ein Zugriff auf das Kapital. Aber wir müssen vor Allem den Unfändigen Rechnung tragen, vor Allem, wenn das Vaterland in Gefahr ist, und darum rate ich Ihnen, nachzugeben. Die Haustaxe, welche mit der Grundsteuer zusammenhängt, soll auch auf das platte Land ausgedehnt werden, was als eine furchtbare Last angegeben werden muß; ich könnte aber auch für Annahme dieses Gesetzes stimmen, Rücksicht nehmend auf die augenblicklichen Verhältnisse, denen wir unterliegen. Was aber die Abschägung der Grundstücke betrifft, so muß ich hervorheben, daß ihre Realisierung sehr schwierig herzustellen ist, ja, ich behaupte, daß jeder, dem dies Geschäft aufgetragen wird, der ängstlichen Willkür verfallen kann. Und welche Kosten wird das machen, und wer wird sie aufbringen? Wir natürlich. Aber wie die Reinerträge ermitteln? Ich sehe gar nicht ab, woher man die dazu nötigen Bouituren nehmen will. Das klingt vielleicht sehr seltsam, ist aber doch sehr praktisch und es wird sich herausstellen, daß ich nicht übertriebe. Vorläufig soll bis 8 Prozent vom Reinertrag gegeben werden, ob aber binnen Kurzem nicht viel mehr, ist doch wenigstens das Erwähnens wert; mir scheint, man wird die Grundsteuererhöhung ansehen und Alles aus uns herauspressen wollen, natürlich immer mit Hinweis auf unsern Patriotismus. Aber nehmen Sie doch das Gesetz III. und IV., auch möglichst das Gesetz II. an, denn — der Staat braucht Geld! — Graf Ritter: Bei so bestimmt legislativen Vorschriften über die Aufhebung der Grundsteuer, wie wir sie haben, muß an die Realisierung der Frage energisch herangegangen werden; die Vertagung der Angelegenheit kann nichts mehr helfen, sondern nur schaden, nur ruinieren. Jedes Ministerium, das diesem folgen wird, kommt unbedingt wieder auf dieses Thema zurück. Ich kann nicht glauben, daß die Herren sich Vorschlägen verschließen werden, welche, seit 50 Jahren in Rede, jetzt zum ersten Male an uns herantreten. Hat doch das Haus niemals sein Veto da eingelegt, wo sich um Preußens Ehre handelt. Mit Ihrem Ja werden Sie die Zustimmung des Landes finden.

Herr v. Kleist-Retzow: Die Ausgleichung der Grundsteuer ohne Rückicht auf die Umstände ist eine revolutionäre Maßnahme; mag sie nun herkommen, woher sie wolle. Dazu Drobungen, daß die Steuer tropisch aufgelegt werde, wenn die Gesetze auch verworfen werden; das ist schlimm. Wir sind berufen, jedem revolutionären Willen entgegenzutreten, und in alter preußischer Art zu handeln. Schon vor 1806 drangen französische Elemente bei uns ein; sie finden sich dann vor in dem Edikt von 1810, ja in unserer eigenen Verfassung. Aber wohlgemerkt! seiner Zeit war noch die Rede von vollständigen Entschädigungen, die heute nicht mehr verheißen werden. Man kann sich also heute auf jene älteren Edikte ebenso wenig berufen, wie auf das Gesetz von 1850. Man hat mit Vorlieb auf England hingewiesen; aber ein einziger Blick in das Buch des Professor Gossell lehrt, daß die englische Grundsteuer vielmehr einer Einkommensteuer gleichkommt. Unsere Gesetzesvorlagen sind, nationalökonomisch betrachtet, verwerthlich, öfters ferner der bürokratischen Willkür Thür. und Thür. und erscheinen somit nach jeder Seite hin der Ablehnung benötigt. Nun ist in dem Patowischen Gesetz das Gesetz an die westlichen Provinzen und die Aussicht auf immer größer werdende Abgaben, die den Grundbesitz und die Städte treffen werden. Die hauptsächlichste Last hat der ländliche Grundbesitz in den östlichen Provinzen zu tragen und zwar auf Grund von willkürlichen Annahmen, die die Motive der Regierung zu stützen haben. Vergleiche man doch nur z. B. die Kulturverhältnisse der Provinz Pommern und der Rheinprovinz! Die Unterschiede zwischen beiden können gar nicht größer sein, als sie sind! Die Grundsteuer würde den westlichen Provinzen auferlegt durch den freien Großerker; auch die östlichen Provinzen haben die schweren Kontributionen ertragen und jetzt litten ihnen, den östlichen, die Steuer auferlegt werden durch eine väterliche Regierung? In Pommern existieren bis jetzt 20 Meilen Eisenbahn, während im Westen Staatsbahnen und vom Staaate garantirte gebaut sind. Ich erwähne diesen einzigen Umstand, um auf die tausend andern hinzuführen, die zum Schaden des Ostens sich eingestellt haben. Trotzdem soll diese Inkonsistenz und Ungerechtigkeit bestehen bleiben, und die Steuern obnein erhöht werden. Es ist nicht möglich, den Reinertrag der Grundstücke auf das Bestimmteste festzustellen, und so sehe ich kommen, daß die Herstellung des Katasters eine ganz vergebliche Arbeit sein wird, wie denn überhaupt nach den Bestimmungen des Abgeordnetenbaues dem Finanzminister und seinem Reiseamt Dinge zur Erledigung anheimgegeben werden, die das Maß der Billigkeit ganz und gar übersteigen. Die Regierung geht dem Grundbesitz zu Leibe in der Meinung, er könne die intendierte Belastung ertragen; das ist aber durchaus irrig, wie es grundfachlich ist, den Grundbesitzer als den beststürtesten Stand hinzustellen. Viel erheblicher im Einkommen steht der Kaufmann, viel günstiger der Besitzerlohe, der, mit Talent verleihet, rasch in die Höhe kommt. Die vorliegenden Gesetze machen die Durchführung der Armeo-Organisation gradezu unmöglich, das sei dem Finanzminister gesagt. Wir werden dieser Organisation gern entgegenkommen, aber wir können die ungerechten Forderungen in dem vorliegenden Entwurf nicht gutheißen, — weisen wir die Vorlagen ab; er trifft die Pulsader des Grundbesitzes. — Die Debatte wird auf morgen vertagt.

— Die Chegekommision des Herrenhauses bericht am 24. d. über die facultative Civile, die ihr bekanntlich aus dem Abgeordnetenhaus wieder gegangen ist, und verwarf dieselbe mit allen gegen eine Stimme. Ein Antrag auf Einführung des sogenannten Not-Civile wurde von 9 gegen 5 Stimmen (ein Mitglied fehlte) abgelehnt.

H a u s d e r A b g e o r d n e n e n .

Der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des §. 83 der Steuer-Ordnung vom 8. Februar 1819 und der Deklaration vom 6. Oktober 1821 lautet nunmehr nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses: §. 1. Der §. 83 der Steuer-Ordnung vom 8. Februar 1819 (Gesetz-Samml. S. 192) und die Deklaration v. 6. Okt. 1821 (Gesetz-S. S. 187) werden aufgehoben. An deren Stelle treten folgende Bestimmungen: §. 2. Wer Brauerei als Gewerbe, Brautweinbrennerei, Weinbau oder Tabakbau betreibt, muß für sein Gefinde, für seine Diener, Gewerbsgehilfen und seine im Hause befindliche Ehegattin, Kinder und Unverwandte rücksichtlich der wegen Verlezung der Gesetze über die Braumalz-, Brautwein-, Wein- und Tabaksteuer verhängten Defraudationsstrafen, sofern sie in Geldbußen bestehen, mit seinem Vermögen haften. Dasselbe gilt von den Gefällen, zu deren Zahlung eine der gedachten Personen wegen einer Zuwidderhandlung der genannten Art verurtheilt worden ist. Rücksichtlich der verwirten Kontraventionsstrafen tritt dieselbe Haftungsverbindlichkeit ein; es kann jedoch in Falle mehrerer oder wiederholter Kontraventionen derselben Art bei gleichzeitiger Entdeckung die Kontraventionsstrafe, insbesondere die durch die Alther. Rab. Ordre vom 10. Januar 1824 ad 5 verhängte Ordnungsstrafe von 100 Thlr. gegen die subsidiarische Verwaltung bestehen. §. 3. Der Steuerverwaltung bleibt in dem Falle, wenn die Geldbuße von dem Verurtheilten nicht beigetreten werden kann, vorbehalten, die Geldbuße von dem subsidiarisch Verhafteten einzuziehen, oder statt dessen, und mit Verjährung hierauf, die im Unvergessensfalle an die Stelle der Geldbuße tretende Freiheitsstrafe zugleich an dem Angeklagten vollzreden zu lassen, ohne daß letzterer falls die Verbindlichkeit des subsidiarisch Verhafteten rücksichtlich der Gefälle dadurch aufgehoben wird. §. 4. Soweit in Gesetzen über Abgaben in Abziehung der Vertrreibungsverbindlichkeit keine besonderen Anordnungen getroffen, vielmehr statt dessen die Bestimmungen des §. 83 der Steuerordnung vom 8. Febr. 1819 und der Declaration vom 6. Okt. 1821 für anwendbar erklärt worden sind, treten fortan die Vorschriften der §§. 2 und 3 dieses Gesetzes an die Stelle des §. 83 der Steuerordnung vom 8. Febr. 1819 und der Declaration vom 6. Okt. 1821.

— Wir gehen in Nachstehendem noch eine vollständigere Analyse der Abrede des Abg. Dr. Welt in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 24. d. bei der Debatte über die Petition des Ober-Rabbiners Sutro in Münster, betreffend die Gleichstellung der Juden (S. Nr. 97). Er wohnt heute, sagte der Redner, zum dritten Male in seinem Leben in einer parlamentarischen Verhandlung über die Gleichstellung der Juden bei. Der Ton, welchen der Abg. v. Blankenburg heute angeschlagen habe, sei ihm bisher in solchen Verhandlungen noch nicht vorgekommen. (Ruf: Sehr richtig.) Der Abgeordnete habe aus einer tausendjährigen Literatur mehrere Zeilen herausgerissen und verlange von ihm darauf Antwort. Das sei er (Redner) nicht im Stande. Dem Minister des Innern möge er seinen herzlichsten Dank darbringen für die Art und Weise, in welcher er die Rechte der Juden im anderen Hause vertheidigt habe. (Bravo.) Der Minister habe den alten Wahlspruch der Hohenzollern so übersehen, wie ihn das Volksteuern und das Volksgericht seit Jahrhunderten verstehe, in dem Sinne, durch welchen das Volk mit dem Hause Hohenzollern seit Jahrhunderten verwaist sei. Das Ministerium habe die Verhinderung der Verfaßung ausgeführt und sich dadurch den Dank der großen Majorität des Landes verdient. Es sei gelagert worden, daß ein neues Ministerium ja leicht wieder besiegen könne, was das gegenwärtige geschafft; für diesen Fall hoffe und wünsche er, daß das gegenwärtige Ministerium noch recht lange regieren möge (Zustimmung); denn habe dessen Praxis erst Wurzel gefaßt, so werde kein Ministerium es wagen, Ferner habe der Vorredner darauf hingewiesen, daß gläubige Juden eine Gleichstellung nicht beantragen könnten. Diese Auseinandersetzung werde schon durch den Abg. v. Blankenburg aufgelöst; der Ober-Rabbiner Sutro gehöre zu den orthodoxesten Männern des preußischen Staates. In den Gelehrten der Juden sei nichts enthalten, was einer bürgerlichen Gleichstellung derselben entgegenstünde. Er müsse dem Vorredner bemerken, daß der Talmud nicht ein dogmatisches Buch, sondern ein Reisewerk in 12 Bänden sei; es enthalte Stenographische Berichte über religiöse Fragen und daß sich in einem solchen Werk Widersprüche vorkämen, sei wohl natürlich; wer die Stenographischen Berichte dieses Werkes durchlese, der werde nicht bloß Widersprüche, sondern auch oft Widerstreit darin finden. (Heiterkeit.) Abg. v. Blankenburg habe eines ehrwürdigen Namens gedacht, des Moses Mendelssohn, der ein Gegner der bürgerlichen Gleichstellung der Juden sei. Mendelssohn sei es, der die Juden zuerst den deutschen Geist gelehrt, der Freund Lessing's, und wenn man diese beiden Männer zusammen nenne, so sollte man nicht dulden, daß ein Makel auf sie gelegt werde. (Bravo.) Endlich habe Abg. v. Blankenburg von dem Gedanken des pommerischen Landvolks gesprochen. Es sei gar keine Frage, daß ein Vorurteil und Haßatismus sich finde in den Gefühlen des Volkes; aber es sei eben nach zu bestätigen. Wenn sich aber dennoch hier und da ein kleiner Rest vorfinde, so sollte man denselben nicht wieder aufrufen und einen Putsch verhindern. Er warne davor, daß das Volk, welches sein Interesse habe, gegen die Gleichstellung der Juden zu protestieren, immer wieder aufgezeigt würde, es möchte sich später einmal daran erinnern, wer die Männer seien, welche das Volk stets gegen die Gleichstellung der Bürger austreichen. Die Juden erfüllten die Ehrenpflicht im Heere und umfassende Untersuchungen über ihr Verhalten hätten das Resultat gegeben, daß sie von christlichen Soldaten im Allgemeinen nicht zu unterscheiden, daß die Religionsverhältnisse nirgends als ein Hindernis beim Kriegsdienst hervortreten seien. Das Argument, daß die Juden die Ausübung des staatsbürglichen Rechtes nicht gewachsen seien, sei nicht anwendbar, es sei dies ein Vorurteil, welches wie eine Schlingpflanze am Boden wuchere. Was die Abnahme des Eides betrifft, so gehörte der Eid nicht voraussetzen. Denn er werde nach der Religion des Einzelnen normiert. Solche Art. 14 der Verfaßung zur Anwendung kommen, so müsse ein allgemeiner christlicher Eid für alle Konfessionen normiert werden. (Ruf: Sehr wahr!) Es sei gesagt worden, die Juden könnten keinen christlichen Eid abnehmen, und man schenke ihnen bei ihrer Eidesleistung dieselbe Rücksicht, indem man einen jüdischen Religionsdiener hinzuziehe. Er bestreite, daß dies eine Nützlichkeit sei, die Hinzuziehung des Religionsdiener entstehe aus dem Mitleid, daß der Jude dem Christen gegenüber einen falschen Eid leisten könnte. Es sei die Emanzipation in anderen Ländern möglich gewesen, in denen der kirchliche Sinn doch gewiß nicht schwächer sei, als bei uns, z. B. in England, in Holland. In England befleddeten die Juden schon seit 1845 Kommunalämter mit richterlichen Funktionen. Die Zulassung der Juden zu den Lehrämtern sei in konfessioneller Beziehung ohne jedes Bedenken. Der niedere Unterricht auf den Gymnasien, in welchem die Unterrichtsgegenstände noch mehr zusammenlügen, müsse allerdings noch konfessionell sein. Als der höhere, bei welchem der konfessionelle Charakter sich mehr verlieren dürfe. Dem wissenschaftlich hochgebildeten Manne werde Niemand in seinen Werken und in seinem Wirken den konfessionellen Charakter anmerken. Ein Jude (Sasse) sei es gewesen, der die Regesta Pontificum geschrieben und dem darin das ehrende Zeugnis des Papstes selbst zu Theil geworden; derselbe habe vielfach an den von Stein gegründeten Monumenten der deutschen Geschichte mitgewirkt. Ob denn der Abg. v. Blankenburg bei seinen gründlichen geistlichen Studien (Heiterkeit) einen konfessionellen jüdischen Charakter dieser Arbeiten herausgemerkt habe? Auch hätten die Gymnasien größtentheils das streng konfessionelle verschlossen, das bei ihrer Gründung z. B. durch Stiftungen mitgewirkt. Wenn man auf die vierjährige Geschichte der Emancipation der Juden zurückblickt, so finde man, daß sie stets mit der freibürgerlichen Entwicklung des Staates Hand in Hand gegegangen. Im Jahre 1812 seien den Juden bedeutende Bürgerliche Rechte gewährt, 1822 wieder genommen. Die Signatura temporis und andere Altitudine wiesen auf die Karlsbader Beschlüsse hin. In der Mitte der vierzigsten Jahren gingen der rheinische und später der allgemeine Land

Luisa von Preußen, vermählt war und nun seit einigen Jahren in zweiter Ehe Elisabeth, Tochter des Grafen Dzianowskis auf Kurnit zur Gemahlin hat. Dem verstorbenen Fürsten Konstantin blieben ferner aus seiner zweiten Ehe mit Maria Gräfin Dzierzanowska drei Söhne: Alexander, vermählt mit der Fürstin Marcelina Radziwill, Konstantin und Georg; eine Tochter Maria war dem Vater bereits in die Ewigkeit vorangegangen. Der Tod des Fürsten Konstantin Czartoryski verließ viele der ersten polnischen Familien in tiefe Trauer. △

Lokales und Provinziales.

Posen., 27. April. So eben geht uns eine Nachricht zu, die auch in weiteren Kreisen als eine schmerzlich betrübende empfunden werden wird: der königl. Defonomierath und Rittergutsbesitzer August Roth auf Schloss Krage ist gestern Nachmittags 1 Uhr nach kurzem Krankenlager gestorben.

Posen., 27. April. [Konzert.] Wie wir hören, ist der Opernsänger Hr. Ackermann, einem großen Theile unserer Lefer aus seiner Wirklichkeit auf der hiesigen Bühne während der verflossenen Saison noch in freundlichem Andenken, auf an ihn ergangene Einladung hierhergekommen, um eine Festlichkeit in einem biefigen geschlossenen Kreise durch seine Mitwirkung zu verschönern. Man hat gleichfalls den Wunsch laut werden lassen, der Künstler möge diese Gelegenheit benutzen, noch einmal wieder hier in einem öffentlichen Konzerte sich hören zu lassen. Er soll nicht abgeneigt sein, diesem Wunsche zu entsprechen, falls sich eine angemessene Theilnahme kundgibt, und ist ihm event. der Saal der Loge mit Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt worden. Allerdings ist die Jahreszeit schon weit vorgerückt. Indes sind doch die Abende bisher noch immer so wenig freundlich, daß man wohl gern einmal wieder durch einen musikalischen Genuss einen oder den anderen Abend ausfüllt sieht. Das Konzert würde jedenfalls in den ersten Tagen der nächsten Woche stattfinden müssen, und wir wollen unsere Musiftreunde überhaupt, und die Freunde Hrn. Ackermann's insbesondere vorläufig wenigstens darauf aufmerksam gemacht haben.

[Kath. Pfarrstelle.] Dem bisherigen Kommandatius Pluciński zu Goluchowo (Kr. Pleschen) ist am 1. März d. J. die kanonische Institution zum Probst dafelbit ertheilt worden.

[Bieharkheiten.] Unter dem Rindvieh auf dem Vorwerk Kahl (Kr. Krausdorf) und unter dem Rindvieh in Drogosław (Kr. Adelnam) ist der Weizbrand ausgebrochen und sind deshalb für diese Dörtschaften die gesetzlichen Sperrmaßregeln ausgeführt.

Neustadt b. P., 26. April. [Feuer; Verschönerung.] In Bef.,

das bekanntlich erst vor 2 Jahren durch ein großes Brandunglück heimgesucht worden, brach in der Nacht vom 22. zum 23. d. wiederum Feuer aus, durch welches 7 Gebäude eingeschädigt wurden. Das Synagogengebäude konnte nur mit Mühe gerettet werden. Näheres über dieses Brandunglück ist mir zur Zeit noch nicht bekannt. — Der Rittergutsbesitzer Hr. W. Lach, welcher um die Verschönerung seines Gutes Posadowo sehr bemüht ist, hat die ganze Dorfstraße auf beiden Seiten mit Bäumen bepflanzt und durchweg pflastert lassen. Daß der Garten in Posadowo zu den Werthürdigkeiten der Provinz gehört, ist bekannt, und wird es allgemein dankbar anerkannt, daß der Zutritt in denselben gestattet ist.

E Crin, 26. April. [Kirchenbauten; jüdisches Schulwesen; Preis und Gefundheitszustand ic.] Endlich ist es nach vielfährigen Bemühungen doch so weit gekommen, daß mit diesem Jahre der nothwendige Bau der evang. Kirche zu Wirsitz in Angriff genommen wird, da der vor einigen Jahren noch fehlende Betrag von 3000 Thlr. zu den vorhandenen 7000 Thlr. nun auch beschafft worden ist. Die alte kleine Orgel wird der Filialkirche zu Friedrichshorst überlassen, und in die neue Kirche eine angemessene größere kommen. Zu dem Bau der Kirche der neuen evang. Pfarrkirche St. Martin bei Gniekowo werden von der Pfarrgemeinde auch bereits die Baugelder aufgebracht; aber auch von mehreren Gustav-Adolph-Vereinen gehen noch reichliche Geld- und andere Gaben dazu ein. — Da sich kein geeigneter Bewerber für die hiesige zweite jüdische Lehrerstelle findet, so geht man mit dem Gedanken um, einen christlichen Lehrer anzutreffen. Derselbe soll jedoch katholisch sein, da man von einem evang. Lehrer christliche Einwirkungen auf die Schüler befürchtet (was heißt das? d. Red.). Die jüdische Gemeinde zu Schöffen wird auch einen christlichen Lehrer annehmen müssen, da sie keinen jüdischen erhalten kann und die l. Regierung die Trennung der bisherigen jüdisch-evangelischen Schule zum 1. d. gefordert, auch von da ab den dortigen zweiten evangelischen Lehrer Sch. Schulz bestimmt hat. Die jüdische Schule zu Rogow, die noch geringer wie diese beiden dorft ist, entbehrt auch schon lange eines Lehrers. — In Kurzem ist der Preis der Schweine und besonders für junge so gestiegen, daß man ein gutes Saugtier schon mit 2 Thlr. bezahlt; auch das Rindvieh steigt wieder im Preise. Der Schefel Kartoffeln wird schon mit 17—20 Sgr. bezahlt, das Pfd. Butter aber mit nur 5 Sgr. — Seit Beginn d. M. herrscht in mehreren Nebkolonien unter den Kindern das weiße Triebel in so bösaartiger Weise, daß in Orten von gegen 400 Seelen, wie in Wietekowo und Ludwiskowo, wöchentlich 5—6 Todesfälle erfolgen. — Von den zum Bromberg-Thorner Eisenbahnbau gegangenen schlesischen Arbeitern lehren schon viele in ihre Heimat zurück oder suchen anderweitig Arbeit, da zu jenem Bau nicht nur schon mehr Arbeiter vorhanden als nötig sind, sondern es auch noch fast an allen Baugeräthschaften (Karren, Laufdielen u. c.) mangelt.

Strombericht.

Obornicer Brücke.

Am 25. April. Kahn Nr. 207, Schiffer Joh. Löbs, und Kahn Nr. 188, Schiffer Joh. Krahn, beide von Stettin nach Posen mit Steinlohlen

Angekommene Fremde.

Vom 26. April.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsb. v. Starzyński aus Groß-Soltow

und v. Rudnicki aus Nedea, Studiofus Tabaczynski aus Berlin, fürstl. Domänen-Direktor Molniček aus Reisen, die Doktors. Frauen Cohnstein und Wachtel aus Görlitz.

HOTEL DE PARIS. Apotheker Perzynski aus Trzemeszno, Oberamtmann Böttbel aus Trebislawki, die Gutsb. v. Czapski aus Chvalencin und Lichtwald aus Bednary.

HOTEL DE BERLIN. Gutsb. Göldner aus Jawade und Cand. theol. Pidert aus Markowice.

BUDWIG'S HOTEL. Doctor Blücher aus Röthen, die Kaufleute Guttmann aus Grätz, Herrmann aus Schwerin und Wygodzinski aus Jauer, die Kaufm. Frauen Lazarus und Braun aus Zerkow.

EICHENER BORN. Frau Spylde aus Dobrzyn, Kaufmann Blumthal und Frau Kaufmann Bielska aus Samocyn.

BRESLAUER GASTHOF. Orgelspieler Moretti aus Parma, Müller Dietrich aus Möcklin, die Handelsleute Kultmann aus Bitterfeld, Wallander und Gränzel aus Bremkestein.

PRIVAT-LOGIS. Birthl. Inspektor Scholz aus Kamminitz und Ihner Körkel aus Breslau, St. Martin Nr. 14.

Vom 27. April.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Debonom Lehmann aus Altona, die Rittergutsb. v. Sulcerki aus Chomitzke und v. Balow aus Bielewitzki, die Kaufleute Eudersdorff aus Berlin und Treutler aus Stettin.

BAZAR. Die Gutsb. v. Sikorski aus Kosztow, v. Lichnowy aus Glogau und v. Malczewski aus Kruchowo.

SCHWARZER ADLER. Kantor Simon und Kämmerer Tremplin aus Stolzen, die Kaufleute Blotner aus Urmstadt und Mauricio aus Breslau, Eigentümer Szekiel aus Breslau, Rektor Pawlik aus Graudenz und Gutsbesitzer Altiewicz aus Kapell.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. General-Konsul Gutknecht aus Wiss. di Gutsbesitzer v. Sulerki aus Chomitzke und v. Balow aus Bielewitzki, die Kaufleute Eudersdorff aus Berlin und Treutler aus Stettin.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer v. Wilkowitsch aus Warka, Beuthen aus Golenic, Beper aus Skorzewo, v. Brodnica aus Nieszwiedowice und v. Szczaniecki aus Neustadt.

HOTEL DU NORD. Rittergutsb. v. Pomorska aus Grabianow und Opernsänger Ackermann aus Stettin.

HOTEL DE PARIS. Kaufmann Spiro aus Kurnik, Gutsb. Sytniawski aus Pietrowo und Bürger Kaniewski aus Jarocin.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Semple aus Berlin, Pasche aus Storchest und Bonn aus Bonn, Dräul. Pasche aus Storchest, Inspektor Pasche aus Jahn, Gutsbesitzer Crecel aus Breslau, die Landwirthe Röder und Wirth aus Berlin.

EICHORN'S HOTEL. Inspektor Müller aus Gerswalde, die Kaufleute Joseph aus Bronk, Williams aus Manchester, Kemppner aus Königsberg, Levy aus Wohlstein und Rehzer aus Berlin.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Pelskowsky aus Wongrowitz, Salinger aus Bronk, Rogocz sen. und jun. und Quartiermeister aus Grätz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Wichtiges Aufgebot.

Das Königliche Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 24. Januar 1860.

Die unbekannten Erben und Erbnehmer der nachstehenden Personen:

1) der am 16. Januar 1854 zu Posen verstorbenen Eleonore Charlotte, zuerst verheirathet Ackermann, später verheirathet Janicki, zuletzt verheirathet Fleischmann, geboren: Welsak, und deren Ehemannes, des am 16. Februar 1854 zu Posen verstorbenen Maurers Carl Wilhelm Fleischmann, Betrag des Nachlasses 21 Thlr. 4 Sgr.;

2) der durch rechtskräftiges Erkenntniß vom 18. Juli 1853 für tot erklärt Christof Hinzel, eines Sohnes der am 27. November 1792 resp. 21. September 1784 verstorbenen Ackermann Michael und Anna Margaretha geb. Fischel. Einzelne Eheleute zu Bonin bei Posen, Betrag des Nachlasses 84 Thlr. 20 Sgr. 1 Pf.;

3) der in der Nacht vom 25. zum 26. April 1858 verstorbenen Nanette vermittwerten Exekutor Haupt zu Posen, Betrag des Nachlasses ungefähr 60 Thlr.;

4) der am 29. August 1855 verstorbenen Schifferwitwe Auguste (Agnes) Schulz zu Posen, Betrag des Nachlasses ungefähr 290 Thlr.;

5) der am 5. November 1844 resp. 29. April 1844 verstorbenen Arbeiter Christian Schmidt und Eva geb. Batuszewska zu Posen, Betrag des Nachlasses 2 Thlr. 25 Sgr.;

6) der am 18. Mai 1857 verstorbenen Witwe Ludwika Knolikowska zu Posen, Betrag des Nachlasses 5 Thlr.;

7) des am 26. April 1784 verstorbenen Schuhmachers Wojciech Filipowski zu Bef., Betrag des Nachlasses 2 Thlr. 25 Sgr.;

8) des am 26. April 1784 verstorbenen Gutsbesitzers Cajetan v. Grabski zu Posen, Betrag des Nachlasses ungefähr 9600 Thlr.;

9) der am 10. Januar 1858 verstorbenen Anna geb. Libinska vermitweten Widerska zu Posen, Betrag des Nachlasses unter 50 Thlr.;

10) der am 11. September 1858 verstorbenen unehelichen Tochter der Witwe Złodownicz Marianna geb. Koziol der Marianna Koziol zu Wierzenica, Kreis Posen, Betrag des Nachlasses 37 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.;

11) der am 19. Mai 1855 verstorbenen Altmösenempfänger Marianna Bentkowska geb. Berska zu Posen, Betrag des Nachlasses 4 Thlr. 18 Sgr. 1 Pf.; werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens in dem am

18. Dezember 1860 Vormittags 8 Uhr vor dem Herrn Landgerichtsrath Ribbentrop in unserem Instruktionssimmer anzufinden. Den, entweder schriftlich oder persönlich zu melde, widrigenfalls sie praktiziert und der Nachlass den sich meldenden Erben oder in Ermangelung solcher dem Kistus zugeprochen und zur reichen Verwaltung ausgeantwortet werden wird.

Bau-, Nutz- und Brennholzverkäufe.

Es sollen:

I. Dienstag, den 15. Mai c. im Gasthofe zu Gąsiorów.

verschiedene Brennhölzer, in Kiefern und Eichen, Kloben, Knüppel, Stubben und Reiserholz bestehend, aus dem Reviere Jezierce;

II. Dienstag, den 22. Mai c. im Forsthause Promuo

ein Quantität Kiefern Kloben, Kiefern Kloben, Knüppel, Stangen, Stubben und Reisig aus dem Promoen Reviere;

III. Mittwoch, den 23. Mai c. im Krug zu Zielonka

Eichen und Kiefern Bauholz, Birken Nutzhölzer, und dann Brennholz, lange Kiefern Stangen ic. aus den Zielonka Forsten, und

IV. Mittwoch, den 30. Mai c. im Gasthofe zu Gąsiorów.

(½ Meile von Posen) Kiefern Kloben, Stubben und Reisig aus dem Reviere Schwenzig; überall von 10 Uhr ab im Wege des Meistgebots verkauft werden.

5. September 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhauft werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger Thadēus und Stanislaus v. Gorzenki, Wirtschaftsinspektor Julian Hünifeldt und Kaufmann Joseph Brieske werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung

Benediction aus den Kaufzeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Substaatsgericht anzumelden.

5) der am 29. August 1855 verstorbenen Schifferwitwe Auguste (Agnes) Schulz zu Posen, Betrag des Nachlasses ungefähr 290 Thlr.;

6) der am 5. November 1844 resp. 29. April 1844 verstorbenen Arbeiter Christian Schmidt und Eva geb. Batuszewska zu Posen, Betrag des Nachlasses 2 Thlr. 25 Sgr.;

7) der am 18. Mai 1857 verstorbenen Witwe Ludwika Knolikowska zu Posen, Betrag des Nachlasses 5 Thlr.;

8) des am 26. April 1784 verstorbenen Schuhmachers Wojciech Filipowski zu Bef., Betrag des Nachlasses 2 Thlr. 25 Sgr.;

9) der am 10. Januar 1858 verstorbenen Anna geb. Libinska vermitweten Widerska zu Posen, Betrag des Nachlasses unter 50 Thlr.;

10) der am 11. September 1858 verstorbenen unehelichen Tochter der Witwe Złodownicz Marianna geb. Koziol der Marianna Koziol zu Wierzenica, Kreis Posen, Betrag des Nachlasses 37 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.;

11) der am 19. Mai 1855 verstorbenen Altmösenempfänger Marianna Bentkowska geb. Berska zu Posen, Betrag des Nachlasses 4 Thlr. 18 Sgr. 1 Pf.; werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens in dem am

18. Dezember 1860 Vormittags 8 Uhr vor dem Herrn Landgerichtsrath Ribbentrop in unserem Instruktionssimmer anzufinden. Den, entweder schriftlich oder persönlich zu melde, widrigenfalls sie praktiziert und der Nachlass den sich meldenden Erben oder in Ermangelung solcher dem Kistus zugeprochen und zur reichen Verwaltung ausgeantwortet werden wird.

Das Informations- und Kommissions-Bureau, Firma: K. Molinski in Posen, gr. Gerberstraße Nr. 44

weiset Pachtungen und Gutsverkäufe in verschiedenen Dimensionen hier und in Polen, sowie mehrere größere Forsten, Bau- und Nutzhölzer zum Verkaufe nach. Mehrere Pächter suchen noch mittlere Pachtungen. Dienstjäger, Herren Gutsbesitzer, welche ihre Güter verpachten wollen, bitte ich um Einverständnis der Ankläge und Bedingungen. Weitere Wirtschafts- und Forstbeamte, auch Hauslehrer und Erzieherinnen, Gesellschafterinnen suchen Engagements. Auswärtigen Personen, welche von den hiesigen oder auswärtigen Verhören, auch von Privatpersonen Auskunft wünschen, erleichtere ich durch Korrespondenz ihrem Wunsche gemäß das Erforderliche. Auch Kapitalien werden vermittelt und zu ganz sicheren Hypotheken nachgewiesen.

Ein Gut von 1200—2000 Morgen im Großherzogthum Posen, unweit der Eisenbahn oder Chaussee, wird zu kaufen gesucht. Die Anzahlung darf 30.000 Thaler nicht übersteigen. Von Selbstverkäufern werden Adressen unter Chiffre P. M. D. poste restante Breslau franco erbeten.

J. Petersson, Wronkerstraße Nr. 1.

Mohrrüben, weiße grünköpfige Riesen-Rüben, 30 Mastochsen, 200 Masthammel.

Rundelrüben, lange rothe, 100 Pfd. 15 Thlr. ditto, Pohl's. Riesen, 100 Pfd. 20 Thlr. bei A. Niessing in Poln. Biss.

Domaine Dusznik bei Pinne zum Verkauf.

Um den Platz Ichnau zu räumen, verkaufe ich Sandstraße Nr. 8 die Klafter gutes Birkenholz mit 5 Thlr. Adolph Schwerin.

Auf dem Dominium Nieder-Heuersdorf bei Schlichtingsheim, unweit der Eisenbahn-Station Fraustadt, stehen 100 Stück schwere Mast

Bon der Leipziger Messe retournezt empfehlen die verschiedensten **Nouveautés** dieser Saison in Hüten, Hauben und Coiffuren &c. zu soliden Preisen.

Markt Nr. 89.

Geschwister Jaffé.

Von der Leipziger Messe zurückgekehrt, habe ich die geschmackvollsten und elegantesten Modelle mitgebracht, und empfehle solche zu günstigen Preisen.
M. Zlotnikiewicz, Markt Nr. 68.
2 noch wenig gebrauchte Braukessel von 1400 und 1300 Quart Inhalt stehen billig zum Verkauf bei dem Kupferschmiedmeister F. Fischer in Wreschen.
C. F. Jaenicke, Breitestraße 17, an der Wallischbrücke.

In Folge Beschlusses des königl. Kreisgerichts hierelbst soll das zur **Isidor Busch'schen Konkursmasse** gehörige, hier am Wilhelmsplatz sub Nr. 16 befindliche Warenlager, bestehend aus:

Kolonialwaren aller Art, Cigarren, Rum, Arak, Cognac, Liqueuren, feinen Roth- und Rheinweinen, Champagner, Thee, Apfelsinen und verschiedenen Delikatessen

zu herabgesetzten Preisen ausverkauft werden.

Indem ich dies zur Kenntnis des geachten Publikums bringe, bemerke ich, daß der Ausverkauf schon morgen **Mittwoch am 25. d. Mts.** beginnt.

Posen, den 24. April 1860.

Lipschitz,

einstweiliger Verwalter der Busch'schen Konkursmasse.

Neuchateler **Aulehenloose**, mit welchen man nie verlieren, wohl aber im Verlauf der jährlich zwei Mal am 1. Mai und 1. November stattfindenden Gewinnziehungen einen der enthaltenen Gewinne von frs. 100,000, 35,000, 25,000, 20,000, 15,000 bis abwärts frs. 11 erlangen muß, erlaßt unterzeichnetes Handlungshaus à Thlr. 2. Sgr. 26., pro Stück, mit dem Bemerkung, daß auf Verlangen alle durch mich bezogenen Originalloose nach der Ziehung wieder zurückgeliefert werden, wodurch am besten bewiesen wird, wie wenig bei Beteiligung dieses Aulehens zu riskieren ist.

Rudolph Strauss, Bankier in Frankfurt a. Main.

Ziehungslisten erfolgen nach der Ziehung pünktlich.

Friedrichsstraße Nr. 18 ist die Parterre-Wohnung, bestehend aus sechs Zimmern, Alkoven und Küche nebst Speiseraum, vom 1. Oktober c. ab mit und ohne Stallung zu vermieten. Näheres eine Treppe hoch daselbst.

Verlinerstraße Nr. 14 im Hause im 2. Stock ist vom 1. Mai c. ab für einen Herrn eine möblierte Stube zu vermieten.

Breitestraße Nr. 15 möblierte Stube, so wie eine Wohnung zu vermieten. **Gartenstraße 12/13**, im vormalen Wendlandischen Hause, 1. Stock, vorn heraus, ist 1 möbl. Stube u. Kabinet, nöthigenfalls auch Pferdestall, sogleich zu vermieten.

V. 1. Mai 1 möbl. Stube 75 St. Martin z. v.

Friedrichsstraße Nr. 18 ist 1 Stube im

dritten Stockwerk, ferner Stallung und Re-

misien, nebst den erforderlichen Bodenräumen,

sofort zu vermieten. Näheres 1 Treppe

hoch daselbst.

Ein verheiratheter Kunstmärtner mit zwei

Kindern, katholischer Konfession, der deut-

schen und polnischen Sprache mächtig, bis jetzt

noch in Diensten, welchem die besten Empfehlungen zur Seite stehen, der auch mit den besten

Zeugnissen verleben ist, die Behandlung der

Drangerie, der tropischen Pflanzen, der An-

anas, Obst und Gemüse-Treibereien, die Baum-

zucht und die Anlage von Gärten nach dem neu-

sten Style versteht, sucht zu Johanniss d. J. ein

dauerndes Unterkommen. Das Näherte ist zu er-

fahren bei dem Schlossgärtner Hrn. Borsch

zu Borislawitz bei Gnadenfeld in Ober-

Schlesien.

Eine umsichtige Wirthschafterin, mos. Konf.

wird für ein größeres Restaurationsgeschäft

zu engagiert gewünscht. Näheres Markt Nr. 88

erste Etage.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 26. April 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf 3½ 72 S

Aachen-Maastricht 4 16½-17½ S

Amsterdam-Rotterdam 4 73-75 S

Berg. Märk. Lt. A. 4 78 S

do. Lt. B. 4 —

Berlin-Anhalt 4 107 S

Bremen 4 15½ S

Berlin-Hamburg 4 125 S

Berlin-Potsd. Magd. 4 128 S

Berlin-Stettin 4 100 S

Bresl. Schw. Freib. 4 83-88½ S

Brieg.-Neiße 4 54½-56½ S

Cöln.-Grefeld 4 76½ S

Cöln.-Minden 3½ 126 S

Cöf. Oderb. (Wlh.) 4 34 S

do. Stamm-Pr. 4 —

do. do.

Öbau-Zittauer 5 —

Ludwigshof. Verb. 4 126 S

Magdeb. Halberst. 4 184 B

Magdeb. Wittenb. 4 34½-35 S

Mainz-Eudwigsh. 4 95½ S

Mecklenburger 4 47½-48 S

Münster-Hammer 4 —

Neustadt.-Weißenb. 4 —

Niederschl. Märk. 4 90 S

Niederschl. Zweibr. 4 —

do. Stamm-Pr. 4 —

Nordb., fr. Wlh. 5 49½ S

Oberschl. Lt. A. C. 3½ 119½-121 S

do. Litt. B. 3½ 111½ S

Dest. Franz. Staat. 5 138½-3½ S

Dreye. Tarnowitz 4 31½-32 S

Oppeln-Tarnowitz 4 49½ S

Pr. Wlh. (Steel-Wlh.) 4 51 S

Vereinsbank. Hamb. 4 97½ S

do. II. Em. 5 102½ S

Die Kurssteigerungen auf dem Eisenbahn-Aktien-Markte wurden heute mit potenzirter Energie fortgesetzt.

Am bewegtesten blieben außer den kleinen leichteren Aktien die schlesischen Devisen. Verlauf in schweren Aktien fest.

Breslau, 26. April. Sehr animirtes Geschäft in preuß. Eisen-, Stamm- und Prior. Aktien, von welchen die

ersteren durchgehends eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren haben. Schles. Bank-Anth. Sch. Pfand- u. Rent. Br. beliebt.

Schlußkurz. Darmstädter Bank-Aktien. — Darmstädterische Kredit-Bank-Aktien 69½ bez. Schlesischer

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schadebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Dester & Comp. in Posen.

Neustädtische Gemeinde. Sonntag, 29. April Borm. 11 Uhr: Herr Prediger Hermann (Abendmahl).

Mittwoch, Bußtag, 2. Mai Borm. 11 Uhr: Herr Gen. Superint. Dr. Granz (Abendmahl).

Freitag, 4. Mai Abends 6 Uhr: Herr Prediger Hermann.

Garnisonkirche. Sonntag, 29. April Borm.: Herr Div. Pred. Vic. Strauß.

Mittwoch, Bußtag, 2. Mai Borm.: Herr Div. Pred. Bork (Abendmahl).

In den Pfarreien der oben genannten Kirchen

findt in der Woche vom 20. bis 27. April:

Geboren: 4 männl., 4 weibl. Geschlechts.

Geftorben: 7 männl., 9 weibl. Geschlechts.

Geträgt: 6 Paar.

Familien-Nachrichten.

Heute früh 1½ Uhr verschied in Folge der Wasserflucht mein thurer Schwiegervater, der königliche Kavallerie-Inspектор und Lieutenant a. D., Ritter ic. Herr Demler, im 65. Lebensjahr.

Diese Trauerbotschaft allen Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Mel-

dung. Posen, den 27. April 1860.

Odel,

Feldwebel im 10. Infanterie-Regiment.

Die Beerdigung findet Sonntag den 29. d. Mts. Nachm. 6 Uhr vom Trauers-

hause Mühlstraße Nr. 6 aus statt.

Stargard-Polen. Eisenb. St. Alt.

Oberschl. Eisenb. St. Alt.

Posen. Rentenbriefe

4% neue

88 —

Schles. 3½% Pfandbriefe

— —

Westpr. 3½

Poin. 4 —

86½ —

Roggen, Iolo 50½ a 51½ R. p. Frühjahr 49

a 49½ R. bez. u. Br. 49½ Gd. p. Mai-Juni

48½ a 49½ a 49 R. bez. u. Br. 48½ Gd. p.

Juni-Juli 48½ a 49 R. bez. u. Br. 48½ Gd. p.

Große Gerste 39 45 R.

Hafer, Iolo 29 a 33 R. p. Frühjahr 29

a 29½ R. bez. u. Br. 29½ R. bez. p.

Juni-Juli 29½ R. bez.

Rüböl, Iolo 10½ R. Br. April-Mai 10½

a 10½ R. bez. u. Br. 10½ R. p. Mai-Juni

10½ a 11½ R. bez. u. Br. u. Gd. p. Okt. Nov.

11½ R. Gd. 11½ R. Br.

Spiritus, Iolo ohne Fas 17½ a 17½ R. bez.

p. April-Mai 17½ a 17½ R. bez. u. Gd. 17½

Br. p. Mai-Juni 17½ a 17½ R. bez. u. Gd.

17½ Br. p. Juni-Juli 18½ a 18½ R. bez. u. Gd.

Br. 18½ Gd. p. Juli-August 18½ a 18½ R. bez.

Sept.-Okt. 18½ Gd.

Weizenmehl 0. 4½ a 4½ R. 0. u. 1. 4½

4½ R. — Roggenmehl 0. 3½ a 3½ R. 0. u.

1. 3½ a 3½ R. (B. u. G. 3)

Stettin, 26. April. Warmer klarer Luft.

Wind: ND. Temperatur + 13° R.

Weizen, Iolo gelber p. 85 pfd. nach Dual. 7½

76 R. bez. eine Ladung ger. bunter poln. 7½

Rt. bez. 85 pfd. gelb. inländ. p. Frühjahr 75